Breslauer Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 209. Donnerstag den 7. September 1848.

Unsern geehrten auswärtigen Abonnenten

zeigen wir ergebenst an, daß durch die eingetretene bedeutende Porto-Ermäßigung alle königlichen preußischen Post-Anstalten in den Stand gesetzt sind, vom 1. Oktober d. J. ab die Breslauer Zeitung für den Preis von **1 Rtlr. 24 Sgr. 6 Pf.** pro Quartal zu liefern. **Es ist demnach eine Ermäßigung von 1 Rtlr. 22 Sgr. für den Jahrgang eingetreten.**

Die Expedition der Breslauer Zeitung.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 15—19. (315—319.) Bogen des 11. Abon. v. 30 Bog. Berlin Bg. 148. 149. Frankf. Bg. 168—170.

K. Breslau, 5. September.

Monate lang schon sitzt die deutsche National-Versammlung in Frankfurt zusammen und berathet und beschließt über die gemeinsamen Angelegenheiten des vereinigten Deutschlands. Den alten Bundestag hat sie längst aufgelöst und damit die Bundes-Akte, das Grundgesetz, auf Grund dessen allein es seither ein Deutschland gab, zerrissen. Ueber die Souveränetätsrechte der Fürsten hat sie bereits Verfügungen getroffen und den Theil derselben, welcher zur Begründung eines einigen und kräftigen Bundesstaates unumgänglich in die Hände einer und zwar der Reichsgewalt zu legen erforderlich war, den Trägern der höchsten Staatsgewalt in den Einzelstaaten entzogen und einer von ihr geschaffenen Centralgewalt übertragen. In die Reihen der europäischen Staaten, wir hoffen, in die Reihe der europäischen Großmächte hat sie Deutschland als ein selbstständiges Glied eingeführt und durch die Centralgewalt durch Unterhandlungen und die Schärfe des Schwertes um die Rechte des vereinigten Deutschlands gekämpft. Auch nach innen hin hat sich bereits die Wirksamkeit der deutschen Regierung erstreckt, die Aufhebung von Regierungsmaßregeln einzelner Staaten, welche mit dem Interesse des ganzen Deutschlands nicht vereinbar waren, ist beschlossen, die Erhebung von Steuern und die Aushebung von Truppen zum Schutze der Landesgrenzen ist bewilligt, die Unterordnung der bewaffneten Macht unter die Reichsgewalt ist angeordnet und selbst über die Grenzen des deutschen Reiches sind bereits Bestimmungen getroffen worden.

Während also eine vollständig organisirte, aus der Vertretung des deutschen Volkes und der von dieser geschaffenen Vollziehungsbehörde bestehende Staatsgewalt, längst in Kraft ist, während unsere Gesandten bereits an den meisten europäischen Höfen sich eingefunden, während unsere Brüder schon ihr Blut für die Rechte des deutschen Vaterlandes vergossen haben, während Deutschland so nach allen Seiten hin als ein selbstständiges und vereinigtes Staatenganzes auftritt, hören wir doch noch immer und überall die Frage: „Wird Deutschland ein einiges Reich werden?" Es ist ein unheilvoller Instinkt, welcher uns zu der Frage treibt: Wird Deutschland einig werden, während wir doch höchstens fragen sollten: Wird es einig bleiben, oder wird nicht etwa die bereits faktisch und rechtlich vorhandene Einheit wieder zerfallen? Ja, es ist wahr, Deutschland existirt bereits als ein vereinigtes und tritt als solches äußerlich auf, aber dennoch ist es richtig, zu sagen: Deutschland muß erst in Wahrheit und Wirklichkeit werden, was es jetzt nur formell und äußerlich ist oder vielmehr zu sein scheint. Noch schweben die Gewalten in der Luft, welche den Willen des deutschen Volkes zur Ausführung bringen sollen. Sie schweben in der Luft, weil noch kein organischer Zusammenhang vorhanden ist zwischen dem Willen, der sich ausspricht und dekretirt und der Macht, welche im Stande ist, diesen durchzuführen. Sie schweben in der Luft, weil der Ausdruck des deutschen Nationalwillens durch das Organ der Nationalversammlung in's Unendliche geschwächt wird durch die mangelnde einhellige Anerkennung im Volke selbst, weil der deutsche Nationalwille, welcher doch nur einer sein kann, durch die einzelnen Ständeversammlungen wieder in zahllose, natürlich unter einander sowohl wie mit dem in der National-Versammlung ausgesprochenen Gesammtwillen divergirende Einzelwillen zerspalten wird. Betrachtet sich nun jedes kleine Ländchen wiederum als Miniatur-Nation, stellt seine vermeintliche Souveränetät der Souveränetät des Gesammt-Volkes gegenüber, überträgt sich dieser Widerspruch naturgemäß auch auf die Wähler, die ja sowohl in den Frankfurter Abgeordneten wie in den Mitgliedern ihrer besonderen Stände-Versammlung ihre eigenen Beauftragten und die Organe ihres Willens sehen, so begreift man, welch heillose Verwirrung, welche durchgreifende Rechtsunsicherheit bei einem solchen Zustande einreißen muß. Diese Rechtsunsicherheit, diese Unklarheit des Volkes über seinen eigenen Willen ist es, welche das Vertrauen in unsere Zustände vollständig lähmt, die Achtung aller bestehenden Gewalten erschüttert, uns mit uns selbst in Widerspruch bringt und so recht eigentlich eine wahre Anarchie herbeiführt. Diese Rechtsunsicherheit ist es, welche den Parteien einen willkommenen Spielraum giebt, die mit Haß die neuen Zustände betrachten, sei es, daß sie den gestürzten Rechtszustand wieder heraufbeschwören möchten, sei es, daß sie jeder rechtlichen Ordnung entgegen sind. Indem sie zwei angeblich gleichberechtigte Gewalten, der Regierung jedes Einzelstaates und der höchsten Gewalt des vereinigten Deutschlands sich als untergeordnet ansehen, muß es ihnen trefflich gelingen, jede gesetzliche Gewalt, jedes Organ des Volkswillens zu schwächen, wo nicht gar völlig zu lähmen. Diese Rechtsunsicherheit und die daraus entsprungene Zweifelhaftigkeit jeder Gewalt ist es, welche jene muthlose Bangigkeit, jenes feige Verzagen mit all dem Gefolge von Halbheiten durch das ganze Volk verbreitet, wie wir das Alles in der neuesten Zeit wahrgenommen haben. Diese Rechtsunsicherheit und die aus ihr entsprungene Lähmung und Muthlosigkeit ist es, welche die Politik der Frankfurter Regierung nach Innen und Außen schwach, ängstlich und der Ehre eines großen Volkes unwürdig macht, sie ist es, welche endlich den Traum unserer Einheit in sein Nichts auflösen und eine Spaltung herbeiführen muß, ärger als sie je da gewesen.

Diese Rechtsunsicherheit und mit ihr die Ohnmacht Deutschlands wird aber nicht aufhören, so lange man nicht ihre Quelle verstopft hat, das ist — der Grundsatz der Vereinbarung.

Sie nennen sich die Freunde der Reform, des gesetzlichen Fortschrittes, welche diesen Grundsatz predigen. Mögen sie die saubern Früchte ihrer Gesetzlichkeit beachten. Sind ihnen die fortwährend oft fast thatsächlichen Demonstrationen, wodurch das Volk die Befolgung der Beschlüsse der Reichsgewalt von seinen Regierungen hier und da zu erzwingen genöthigt war, sind ihnen die Zeichen fortwährender Aufregung noch nicht Beweises genug, daß ihre Gesetzlichkeit nur die Mutter der Anarchie ist?

Wir unsererseits kennen nur einen Weg, auf welchem das Vaterland wieder zur Ordnung, Einheit und Freiheit gelangen kann; die Anerkennung, daß das deutsche Volk als ein einiges Ganze allein und ausschließlich berechtigt ist, sich seine künftige Verfassung zu geben, und daß wiederum von ihm die Frankfurter Nationalversammlung ausschließlich als das gesetzliche Organ seines Gesammtwillens bestellt, und mit der Feststellung der Verfassung und der Wahrung der gemeinsamen deutschen Interessen beauftragt ist. Dieser Grundsatz ist bereits so vielfach besprochen und selbst in seinen faktischen Konsequenzen anerkannt worden, daß wir eine weitere Erörterung für überflüssig halten müßten, wenn nicht täglich Bestrebungen auftauchten, die uns auf das verlassene Vereinbarungsgebiet und damit zur Anarchie, Ohnmacht und Zerrissenheit zurückzuführen suchten. Die neueste dieser Kundgebungen ist ein Erlaß der sächsischen Regierung an die Kammern, welcher wörtlich folgendes enthält: „Auch zwischen den gesetzgebenden Organen des Bundesstaates und der Einzelstaaten wird eine Einigung für die Feststellung der neuen Verfassung erforderlich sein, wenn diese auf eine Grundlage gebaut werden soll, welche die Bürgschaft der Dauer giebt." Schließlich verspricht die sächsische Regierung dann großmüthig die Meinung aus, daß ohne dringende Gründe den Beschlüssen die Anerkennung der Nationalversammlung nicht zu versagen, Regierung und Stände in gleicher Weise für ihre Aufgabe erachten müssen. So haben wir denn wieder das Vereinbarungsprincip in seiner ganzen Reinheit. Jeder Beschluß der Nationalversammlung wird also von allen 38 Staaten genehmigt werden müssen, und in jedem einzelnen Staate werden sich beide Kammern, erst unter einander, dann mit ihrer Regierung und dann diese wieder mit der Centralgewalt und der Nationalversammlung zu vereinbaren haben. Und wenn von dieser Legion gesetzgebender und Regierungs-Organe auch nur ein einziges sein Veto einlegt, ist der Beschluß null und nichtig. Wem schwindelt nicht der Kopf, wenn er sich eine auf diesem Wege zu erwirkende Einheit zu denken versucht? Wer nicht blos die Einheitsversicherungen auf der Lippe, den Egoismus aber im Herzen trägt, muß ein solches System bekämpfen, und so lange bekämpfen, bis wenigstens im Volke die Anhänglichkeit an ein solches Zwitterprincip verschwunden ist, bis wenigstens das deutsche Volk den einmüthigen Entschluß gefaßt hat, sich nicht wieder zerreißen und theilen und dann um so leichter beherrschen zu lassen. Wir stehen nicht an, den Kampf immer wieder von Neuem aufzunehmen, wenn das einheitsfeindliche Princip irgendwo wieder auftaucht, sollten wir auch dabei in die Gefahr kommen, schon oft Gesagtes wiederholen zu müssen.

Preußen.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Sitzung vom 5. September.

Nachdem das Protokoll verlesen und einige Urlaubsgesuche bewilligt sind, erhält Elsner als Berichterstatter der Petitions-Commission für folgenden Antrag die Priorität vor der Tages-Ordnung: „Die National-Versammlung wolle beschließen, daß die Petition d. d. Liegnitz, 5. August, welche folgenden Antrag euthält, daß von Seiten des Staates den armen und nothleidenden Webern in den Sudeten, vor allen aber Denjenigen des Eulengebirges eine namhafte resp. wirksame Unterstützung sofort überwiesen werde, dem Staatsministerium zur schleunigen Berücksichtigung

empfohlen werde.“ Elsner motivirt den Antrag der Petitions-Commission, indem er auf das Elend der zu Unterstützenden aufmerksam macht und bemerkt, wie gerade in den jetzigen arbeitslosen Zuständen die Seehandlung ihre Arbeiten zum Theil eingestellt habe, wie durch die Seehandlung die kleinen Spinner ruinirt worden seien. — Der Handelsminister Milde vertheidigt die Seehandlung gegen die Angriffe des Abg. Elsner, obschon er erklärt, sonst eben nicht für dieses Institut eingenommen zu sein. Die Seehandlung habe gerade um die Provinz Schlesien wesentliche Verdienste, sie habe so z. B. die erste amerikanische Mühle in Deutschland gerade in dieser Provinz, in der ein großer Theil ihrer Etablissements überhaupt existiren, angelegt. Man möge sich hüten aus der Seehandlung Nationalwerkstätten machen zu wollen. In den betreffenden Kreisen solle übrigens die Arbeit nicht eingestellt werden, obschon man sich davon fern halten müsse, zu viel Arbeiten anzuhäufen, da sonst die Staatskassen leer würden, er habe sich mit seinem Collegen dem Finanzminister, der eigentlich Chef der Seehandlung sei, hierüber in Vernehmung gesetzt. Behnsch erinnert daran, wie er schon früher einen Antrag gestellt habe, Jemanden Seitens der Regierung nach Spanien zu senden, wie er verschiedenartige Anträge bei dem Ministerium des Innern privatim gemacht habe, um dasselbe dazu zu bewegen, die Auswanderung Seitens der Regierung in die Hand zu nehmen. Minister Kühlwetter erklärt, daß die Auswanderungsfrage eine sehr wichtige sei, sie bedürfe einer sehr genauen Prüfung. Min. Milde bemerkt, wie Auswanderung und Colonisationen besser von Gesellschaften unternommen werden, als sie vom Staate geleitet werden könnten. Es lägen darin drei derartige Anträge vor. Wenger will, daß man Schlesien nicht Ostpreußen vorziehe, dort sei die Noth eine ebenso große. Reichenbach und Nees von Esenbeck sprechen noch für den Antrag. Es wird auf Schluß der Debatte angetragen. Temme spricht für, Heisig gegen den Schluß. Die Majorität entscheidet sich für den Schluß und Elsner spricht wiederholt für den Commissions-Antrag, der mit Majorität zum Beschluß erhoben wird. Neubarths Antrag: die hohe Versammlung wolle beschließen, daß unmittelbar nach der Berathung des Bürgerwehrgesetzes der Bericht der Centralabtheilung über die Anträge wegen unentgeltlicher Aufhebung des Jagd-Servitutenrechts und der von derselben Abtheilung vorgelegte Entwurf eine Jagdgesetzes zur Berathung komme, wird mit Majorität angenommen. Behnsch erstattet Bericht für die Kommission in der Posener Angelegenheit. — Reuter stellt den Antrag, die Debatte auf Montag zu vertagen, bis die gestern aufgeworfene Frage über die Stellung der Kammer zum Ministerium entschieden. v. Berg für die Vertagung, Dunker gegen dieselbe, es sei gleich gültig, welche Personen am Ministertische. Der Antrag auf Vertagung wird mit geringer Majorität verworfen. Man geht zur motivirten Tagesordnung über. Minister Kühlwetter: die Regierung habe den polnischen Angelegenheiten ihre unausgesetzte Aufmerksamkeit gewidmet und werde es auch hinfort thun. Nachdem der Minister eine thatsächliche Darlegung der polnischen Verhältnisse und der Stellung, welche die Regierung ihnen gegenüber seit dem 24. März eingenommen hat, gegeben, erklärt er sich gegen den Kommisions-Antrag, welcher folgendermaßen lautet: „die Nationalversammlung wolle das Staats-Ministerium ersuchen, bis dahin, wo die Kommission im Stande sein wird, das Endresultat ihrer Berathungen vorzulegen, die vorläufige Demarkationslinie im Großherzogthum Posen nicht definitiv feststellen zu lassen.“ Der von der Kommission vorgeschlagene Zeitpunkt sei so unbestimmt gefaßt, daß man unmöglich darauf eingehen könne; übrigens seien vorgestern Abend von Seiten der deutschen Centralgewalt Mittheilungen bei der preußischen Regierung eingelaufen, durch welche jede Besorgniß einer die Selbstständigkeit Preußens gefährdenden Einmischung vollkommen beseitigt werde. Die Centralgewalt habe erklärt, sie werde jedenfalls die näheren Vorlagen der preußischen Regierung abwarten und wünsche an den Vorberathungen Theil zu nehmen; zugleich habe sie aber um möglichst schleunige Erledigung der Sache gebeten, damit zerfalle der Kommissions-Antrag von selbst und die Kommission werde sich wohl bereit finden lassen, denselben zurückzuziehen. Nachdem unter tumultuarischem Ruf zum Schluß einige Redner, ohne verstanden zu werden, gesprochen hatten, erklärt v. Berg: die Kommission werde und könne den Antrag nicht zurückziehen, da das Wesentliche desselben nicht das sei, was der Minister des Innern hervorgehoben; sondern vielmehr eine Kompetenzfrage zwischen der National-Versammlung und der preuß. Regierung. Dunker's Antrag auf Tagesordnung wird verworfen, der Kommissions-Antrag kömmt zur Abstimmung und fällt mit einer kleinen Majorität.

Man geht zu Abschnitt VII des Bürgerwehr-Gesetz-Entwurfes über. Statt § 55, welcher mit sehr vielen zu demselben gestellten Amendements fällt, wird das Amendement Pax-Hanow mit großer Majorit angenommen. Es lautet: „die Bürgerwehr soll ein im ganzen Lande gleiches Dienstzeichen tragen.“ — Man geht darauf zu § 59 über: „Für die Dienst-Zeichen und für die Waffen muß jedes Mitglied der Bürgerwehr auf eigene Kosten sorgen. Die Gemeinde ist jedoch verpflichtet, diese Gegenstände auf ihre Kosten in solcher Menge zu beschaffen, als zur Ausrüstung desjenigen Theils der wirklich dienstthuenden Mannschaft, welcher die Kosten aus eigenen Mitteln nicht tragen kann, erforderlich ist.“ Zu diesem Paragraph hatte Jakoby folgendes Amendement gestellt: „Die Kosten der Bewaffnung trägt der Staat, vorbehaltlich der Befugniß des Einzelnen, sich auf eigene Kosten zu bewaffnen.“ Ein anderes Amendement von Bauer (Berlin) lautet: „Für die Dienstzeichen und Waffen muß die Gemeinde sorgen, doch bleibt es jedem Einzelnen unbenommen, sich Waffen und Dienstzeichen in vorschriftsmäßiger Weise anzuschaffen.“ — Minister Kühlwetter sucht zu begründen, daß die Kosten der Volksbewaffnung principaliter den Einzelnen, subsidiarisch aber der Gemeinde aufzuerlegen seien. Auf diese Weise werde die Entwickelung der Volkswehr viel schneller vor sich gehen, als wenn dieselbe auf Kosten des Staats eingerichtet werden sollte, da diese Kosten sich beiläufig auf mindestens 13—15 Millionen belaufen würden. Wenn der Berichterstatter der Kommission sich gegen den Kommissions-Antrag früher auf ein in die Urkunde vom 19. März gegebenes königl. Versprechen berufen habe, wonach die **Volksbewaffnung auf Staatskosten errichtet werden sollte,** so beziehe sich diese Urkunde **1) offenbar nur auf die Bürgerwehr von Berlin** (?!?), **2) aber sei dieselbe, allerdings mit Wissen und Willen des Königs, nur von sieben Privatpersonen unterschrieben und nur als eine provisorische Maßregel bezeichnet** (!!). Er stimme für den Kommissionsantrag. — Jacoby: Das Versprechen vom 19. März beziehe sich nicht nur auf Berlin, es sei auch nicht nur von Privatpersonen, sondern zunächst von dem damaligen Polizeipräsidenten v. Minutoli unterzeichnet. Indessen erkläre er, daß er auf das königl. Versprechen selbst gar nichts gebe, wohl aber darauf, daß dasselbe unmittelbar nach einem sechszehnstündigen Kampfe des Volkes gegen die bewaffnete Macht gegeben sei. (Murren zur Rechten, Bravo zur Linken.) Offenbar sei die Vertheidigung nach Außen und die Aufrechterhaltung der Ruhe im Innern im Interesse des Staates, also müsse dieser auch die Kosten dafür tragen. Wenn der Herr Minister sage, die Ausführung der Volksbewaffnung auf Staatskosten sei schwierig, so ist diese Schwierigkeit nur für den da, welcher sich vom alten Militärstaat nicht trennen kann oder will. Wenn der Minister sagt, die Kosten seien so groß, daß der Staat dieselben neben den Kosten für das stehende Heer und die Landwehr unmöglich erschwingen könne, so sei das gerade ein Grund für das Amendement, denn dann würde die Regierung, eben weil sie die Kosten für Beides nicht bestreiten könne, gezwungen werden, die Trennung von Militär und Volkswehr aufzuheben und Beide mit einander zu verschmelzen. Jetzt müsse es sich entscheiden, ob die Bürgerwehr sich zu einer wahren Volkswehr entwickeln solle. Bleibt der Paragraph, dann wird die Bürgerwehr bald nur eine Spielerei oder ein Werkzeug der Polizei sein, trägt aber der Staat die Kosten, so wird sie sich sehr bald zu einer Volkswehr zum Schutz der Freiheit und des Vaterlandes fortentwickeln. — Nachdem noch Minister Kühlwetter, von Brandt, Weichsel, Schönborn, v. Auerswald u. A. gegen, Euler für das Jacobysche Amendement gesprochen, wird dasselbe durch namentliche Abstimmung mit 2?1 gegen 121 Stimmen verworfen. 80 Mitglieder fehlten. Unter Denen, die für das Jacobysche Amendement stimmten, war Revisionsrath Bauer aus Berlin. — Eben so fällt das von der Linken lebhaft unterstützte Bauersche Amendement und der Paragraph wird in seiner ursprünglichen Fassung angenommen. (Schluß 2¼ Uhr.)

Berlin, 5. Septbr. [Amtl. Art. d. St.-Anz.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Küster der katholischen Pfarrkirche zu Essen, G. H. Woring, sowie den Land- und Stadtgerichtsboten und Exekutoren D. Möller und Lablak in Danzig das allgemeine Ehrenzeichen, desgleichen dem geheimen Regierungsrath und luxemburgischen Zolldirektor, Freiherr v. Reibnitz zu Luxemburg, und dem Invalidensohne Johann Ludwig Ritter zu Landsberg a. d. W. die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen, und die Beförderung des Landdechanten, Pfarrer Michels zu Merzig, zum Ehren-Domherrn bei der Kathedralkirche zu Trier landesherrlich zu genehmigen. — Dem Oberlehrer an dem Gymnasium zu Trzemeszno, Regierungsbezirks Bromberg, Dr. Friedr. Schneider, ist das Prädikat „Professor“ verliehen worden.

Monats-Uebersicht der preußischen Bank, gemäß § 99 der Bankordnung vom 5. Oktober 1846.

Aktiva.		
1) Geprägtes Geld und Barren . .	12,546,500	Rtlr.
2) Kassen-Anweisungen und Darlehnskassenscheine	2,911,000	Rtlr.
3) Wechsel-Bestände	11,433,200	„
4) Lombard Bestände	13,307,600	„
5) Staats-Papiere, verschiedene Forderungen und Aktiva	12,791,700	„
Passiva.		
6) Banknoten im Umlauf	15,074 000	„
7) Depositen-Kapitalien	19,646,300	„
8) Darlehne des Staats in Kassen-Anweisungen (nach Rückzahlung von 4,900,000 Rtl. cfr. § 29 der Bank-Ordnung vom 5. Oktober 1846)	1,100,000	„
9) Guthaben von Staatskassen, Instituten und Privatpersonen, mit Einschluß des Giro-Verkehrs	5,081,100	„

Berlin, den 31. Aug. 1848.

Königl. preuß. Hauptbank-Direktorium.

(gez.) v. Lamprecht. Witt. Reichenbach. Meyen. Schmidt. Woywod.

Dem Mühlenmeister Moritz Hiller zu Langensalza ist unter dem 31. August 1848 ein Patent auf eine Getreide-Reinigungs-Maschine in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staates ertheilt worden. — Dem Buchdrucker H. W. Martini aus Wesel ist unter dem 31. August 1848 ein Patent auf eine Buchdruckerpresse in der durch eine Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preußischen Staates ertheilt worden. — Dem Kommissionsrath und Inspektor der königl. sächsischen Porzellanmanufaktur zu Meißen, Herrn Heinr. Gottl. Kühn zu Meißen, ist unter dem 31. August 1848 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene, für neu und eigenthümlich erachtete Anfertigung und Anwendungsart von Feuerlösch-Patronen, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preußischen Staates ertheilt worden. — Dem Kaufmann Salomon Lisser zu Berlin ist unter dem 30. Aug. 1848 ein Patent auf die Anfertigung einer neuen Art Corsets nach den davon vorgelegten Probe-Exemplaren auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staates ertheilt worden. — Dem Kaufmann W. Elliot zu Berlin ist unter dem 31. August 1848 ein Einführungspatent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Zusammensetzung eines Pferdegöpels auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preußischen Staates ertheilt worden. — Dem Feldmesser Krieg zu Berlin ist unterm dem 30. Aug. 1848 ein Patent auf Anfertigung sogenannter Zündlichter, insoweit dieselbe als neu und eigenthümlich erachtet worden, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staates ertheilt worden.

Angekommen: Der Generalintendant der königl. Schauspiele, v. Küstner, von Kissingen.

Berlin, 5. Septbr. [Kampflust der Reaktion. — Beschluß der National-Versammlung in Bezug auf die Bürgerwehr.] Daß die sogenannte konservative Partei blutigen Kampf will, Entscheidung mit den Waffen in der Hand, dafür sind verschiedene Anzeichen vorhanden. Abgesehen von dem Petitionssturm, der jetzt durch das Militär braust und der einer offenen Werbung für die schwarz-weiße Fahne des Absolutismus gleichkommt, selbst die Aeußerungen der Chefs dieser Partei deuten ganz unverholen auf eine gewaltsame Katastrophe hin. Ich weiß nicht, ob Ihnen die Neue Preußische Zeitung zu Gesicht kommt, vulgo die Kreuz-Zeitung; dieses Blatt, Organ der sogenannten Konservativen, entwickelt heute höchst blutdürstige Maximen. Sie bespricht den Schlachtplan ihrer Partei und empfiehlt: **„möglichst gedeckte und verdeckte Aufstellung, so lange es noch nicht Zeit ist, aus der Defensive in die Offensive überzugehen, und in dem Augenblicke, wo das Letzte der Fall ist, muthiges Zugreifen und dann ein Verfolgen, so lange noch ein Athemzug in Roß und Mann aufzutreiben.“** Sie spricht hier nicht in Bildern, denn es heißt weiter: **„der wird Großstaat, welcher zuerst mit den Radikalen fertig wird. Auf dem Straßenpflaster von Wien oder Berlin wird um die Ordnung des eigenen Landes nicht nur, sondern um den Principat in Deutschland gespielt.“** Ich glaube, es ist Pflicht der gesinnungsvollen Presse, bei Zeiten von solchen Aeußerungen Akt zu nehmen. — Heute hat die vereinbarende Versammlung durch Stimmenmehr beschlossen: die Bürgerwehr equipirt sich aus eigenen Mitteln. Dieser Beschluß hat hier große Aufregung hervorgebracht. Denn die Befürchtung liegt nahe: Wie, wenn das Gouvernement uns jetzt die geliehenen Waffen abfordert? — Auf den künftigen Donnerstag ist Alles gespannt. Der

Abgeordnete Unruh will ein vermittelndes Amendement vorbringen, das möglicher Weise die Sache ausgleicht. Es ist Ihnen bekannt, daß der Schulze'sche Antrag von vielen Seiten so aufgefaßt worden, als wenn er die Gewissen der Soldaten behellige. Unruh will nun dem Beschluß durch ein Amendement das Inquisitatorische nehmen und hofft so einem Bruche vorzubeugen. Ob's gelingen wird? — Die hervorragendsten Mitglieder der Linken sprechen von einem Austritt, im Falle die Versammlung ihren Beschluß redressirt.

Berlin, 5. Sept. [Tagesber. d. Corr.-B.] Morgen haben wir wahrscheinlich eine sehr große Volks-Versammlung zu erwarten, in der die Kammerfrage diskutirt werden soll. Die Herren v. Auerswald und v. Schreckenstein sollen heute ihre Demission eingegeben haben; Herr v. Auerswald erschien erst gegen 12 Uhr in der Kammer, Herr v. Schreckenstein gar nicht, auch Herr Hansemann war nicht anwesend. Unsere gestrige Nachricht von dem Krankfein desselben bestätigt sich. — Zu Stein's Antrag: „die hohe Versammlung wolle beschließen, daß es die dringendste Pflicht des hohen Staatsministerii sei, denjenigen Erlaß, welchen die Versammlung am 9. August in der 37sten Sitzung beschlossen hat, ohne Weiteres zur Beruhigung des Landes und Erhaltung des Vertrauens, so wie zur Vermeidung eines Bruches mit der Versammlung ergehen zu lassen" wird von dem Abg. Harrassowitz Donnerstag folgendes Amendement eingebracht werden: „die Versammlung wolle erklären, daß sie die Bedenken, welche die Ausführung des Beschlusses vom 9. August in seinem ganzen Umfange haben würde, nicht verkenne, daß sich jedoch diese Bedenken nur auf den letzten Theil desselben, welcher dem Amendement des Abg. Schulz entspricht, beziehen, und daß sie an dem übrigen Theile des Beschlusses mit solcher Entschiedenheit festhält, daß sie in der Nichtausführung desselben einen offenen Bruch zwischen ihr und der Regierung sehen müßte." — Heute ist der vielfach erwähnte, am Morgen des 19. März an die Ecken geheftete, von Sr. Majestät unterzeichnete Aufruf „An meine lieben Berliner" in der Reichhardtschen Buchdruckerei erschienen und wiederum an die Ecken geheftet worden. — Der Commandeur der Bürgerwehr, Herr Rimpler, soll einzelnen Compagnien, die sich bei ihm beschwert hatten, erklärt haben, daß er auf Grund polizeilicher Requisition Bürgerwehr nicht mehr zu Haussuchungen und dergl. benutzen werde. — Edgar Bauer wird heute steckbrieflich verfolgt. — Herr Held ist in der Untersuchungs-Angelegenheit über die Vorfälle am 21. August als Zeuge vorgeladen worden, hat jedoch in einem Briefe an den Staatsanwalt erklärt, daß er nicht erscheinen werde, er sei am 21sten gar nicht anwesend gewesen, überdies hätten ja auch seine Aussagen für das Gericht keinen Werth, da er nicht schwöre, andererseits müsse man ja auch befürchten, wenn man als Zeuge vorgeladen sei, als Schuldiger verhaftet zu werden, wie dies schon vorgekommen, und entginge man dem auch, so sei es doch wahrscheinlich, daß der Staatsanwalt seine Aussagen zu Verdächtigungen dem Publikum gegenüber benutzen werde. — Die Lehrer der hiesigen Gymnasien und höhern Stadtschulen haben dagegen Protest eingelegt, daß nach dem Erlaß des Ministerii nur 31 Lehrer und Direktoren ihr Gutachten in Betreff der Reorganisation des gesammten Schulwesens abgeben sollen, eine solche Zahl sei nicht hinreichend, und die Elementarlehrer wären bei der Begutachtung gar nicht vertreten. — Unserm Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten soll durch den französischen Gesandten notifizirt sein, daß die französische Regierung einen Aufstand der Legitimisten im Vereine mit den Orleanisten erwarte.

[Feier des Handwerker-Vereins.] Gestern Vormittag fand im hiesigen Handwerker-Verein eine eben so erfreuende als rührende Feier statt. Der Abgeordnete Nees v. Esenbeck hatte von der Gräfin — den Auftrag erhalten, dem Vereine eine Fahne aus Anerkennung seiner wackern Haltung von den unglücklichen Bewohnern des Eulengebirges zu überreichen. Es versammelte sich zu dem Zwecke das bewaffnete Korps, um die Fahne einzuholen, und führte den verehrten Abgeordneten mit sich zurück. Der Vater Nees sprach zur Versammlung, erzählte von der traurigen Lage dieser Bewohner des Eulengebirges, wie sie fast vergessen von der Regierung, dem Elende preisgegeben wären, wie sie durch den 18. März zu neuer Hoffnung erwacht, in der Einheit Deutschlands auch die Bürgschaft sähen für eine bessere Zukunft. Er erzählte, wie seitdem ein Comité zur Linderung der Noth zusammengetreten und redlich gearbeitet habe, wie man, um Stoffe zu Kleidern zu gewinnen, Lumpen zerzupft und dann von Neuem gesponnen und gewebt habe. Aus solchem Zeuge, woran so manche Thräne des Kummers und der Noth klebe, sei die Fahne gewebt, sie sei schwarz-roth-gold gefärbt und trage das Motto: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Diese Fahne senden die unglücklichen Brüder aus dem Eulengebirge dem wackern Handwerker-Verein. — Der Dr. Rieß ergriff darauf das Wort, zeigte, wie die Fahne nach ihren Farben und ihrem Motto dem Verein vorangehen sollte, um das Ziel des einigen Deutschlands zu erreichen und in denselben den Anforderungen der freien Menschlichkeit zu genügen. Die eine Schranke, welche die Fahne noch zu setzen schiene, sei die Nationalität, das höchste Ziel nicht einiges Deutschland, sondern einige Menschheit. Der Redner verlas hierauf das Begleitschreiben der Gräfin und ein Gedicht auf die Fahne. Bisky dankte dem Geber durch Hinweisung auf die Neugestaltung der Zeit und durch ein Hoch, welches er denen brachte, die dieser Zeit vorgearbeitet hatten. (Nat.-Z.)

[Tagesbegebenheiten.] In der neuen Friedrichsstraße Nr. 47 versammelten sich gestern Nachmittags 3 Uhr unter dem Vorsitz des Abgeordneten Gladbach die am 18. und 19. März Verwundeten und die Hinterbliebenen der Gefallenen, um sich über die Verwendung der für sie gesammelten und dem Magistrat eingehändigten Geldmittel Aufklärung zu verschaffen, weil der Magistrat mehrfacher Anfragen ungeachtet, noch nicht Rechnung gelegt habe. Man sprach die Ansicht aus, daß der gesammelte Betrag sofort unter die Bedürftigen vertheilt und nicht auf Zins gelegt werden müsse; die Stadt und der Staat hätten die Verpflichtung, sobald diese nicht unbedeutende Summe verausgabt sei, ferner für die Bedürftigen Sorge zu tragen. Es wurde in diesem Sinne eine Petition mit zahlreichen Unterschriften an die Nationalversammlung beschlossen. — Gestern Abend fand in einer in Alt-Moabit belegenen Tabagie ein Streit zwischen Soldaten des 9. und 24. Regiments einerseits und den dortigen befindlichen Civilpersonen andererseits statt, der zu einer heftigen Schlägerei ausartete. Am schlechtesten ist, wie gewöhnlich, der Wirth dabei gefahren, denn ihm sind Tische, Stühle und Fenster zertrümmert. Wer der schuldige Theil ist, wird wohl schwerlich ermittelt werden können, da keiner der Thäter bekannt geworden ist. Die Bürgerwehr war allarmirt. (Voß. Z.)

Potsdam, 4. Septbr. [Protest gegen das Bürgerwehrgesetz.] Die Bürgerwehr zeigt sich rührig und entschlossen; dies bekundete die gestrige große Versammlung von Bürgerwehrmännern im Apollosaale, die sich vereinigt hatte, um einen entschiedenen Protest gegen das zum Theil von der National-Versammlung angenommene Bürgerwehrgesetz zu erlassen. Der Bürgerwehrmann Bourzoutschky eröffnete die aus weit über 500 Wehrmännern bestehende Versammlung mit dem Vorlesen der Verhandlungen der Nationalversammlung über die 7 ersten Paragraphen des Gesetzentwurfs; hierauf las der Camerad Jansen den Protest des Berliner Bürgerwehrclubbs vor, und zeigte noch die Dringlichkeit eines ähnlichen Schrittes von hier aus. Nun nahm der Camerad Dr. Tropus das Wort und wies auf den Standpunkt hin, den das Institut der Bürgerwehr einzunehmen berufen sei; daran knüpfte er sogleich die Mittheilung eines von ihm schon aufgesetzten Protestes, der einstimmig angenommen wurde. Zahlreiche Unterschriften bedeckten denselben. (Voß. Z.)

β **Stettin**, 3. September. [Posener in Stettin. Friedensaussichten.] Die Feste wollen in unserer Stadt gar kein Ende nehmen trotz der Cholera, die immer mehr um sich greift, so daß wir täglich zwanzig bis dreißig Todesfälle zählen. Vor acht Tagen waren die Stettiner in Posen, am Mittwoch liefen die Kanonenjollen vom Stapel, heute waren die Posener in Stettin. Auf dem Bahnhofe wurden die Gäste durch die Bürgerwehr empfangen. Nachdem der Oberbürgermeister Wartenberg dieselben angeredet hatte, begab man sich im festlichen Zuge durch die geschmückten Straßen nach dem Paradeplatz, wo eine Parade über die Bürgerwehr abgehalten wurde. Auffallend war es zu bemerken, wie die Unterstadt, die Geschäftsgegend, fast an jedem Hause eine Fahne in den deutschen Farben aufzuweisen hatte, während dagegen die Louisenstraße, die fast ausschließlich von Beamten bewohnt wird, durchweg schwarz-weiß erschien. Um ein Uhr fand auf fünf Dampfböten ein Ausflug ins Papenwasser statt, der leider durch das schlechte Wetter sehr getrübt wurde. Mit großem Interesse betrachteten die Posener die Kanonenjollen, welche die Dampfschiffe begleiteten und mehrfach Freudenschüsse thaten. Man hatte ursprünglich beabsichtigt, die Ausflucht bis ins Haff auszudehnen, allein die späte Ankunft des Zuges, der sich zwei Stunden verspätet hatte, machte dies unmöglich. Den Beschluß machte ein großes Festmahl. Der großen Zahl der Gäste wegen wurde in fünf verschiedenen Lokalen gespeist, die Honoratioren der beiden Städte im Kasino. An Toasten fehlte es nicht, an passenden, wie unpassenden. Leider mußten wir aber die Bemerkung machen, daß die Stimmung im Allgemeinen mehr preußisch, als deutsch war. Ueber acht Tage soll der polnische Theil der Bevölkerung Posens Stettin einen Besuch zugedacht haben. — Da der Waffenstillstand nunmehr ratifizirt worden ist, so ist der „Adler" heute nach Kopenhagen abgegangen, um die dort unter Embargo liegenden Schiffe hierher zu geleiten. Man glaubt hier allgemein einer Aeußerung des Ministers Milde gegen einen unserer Abgeordneten, daß der Friede noch während des Waffenstillstandes definitiv abgeschlossen werden würde. Wäre dies nicht der Fall, sondern würde unser Hafen vom 1. April ab wieder blockirt, so hätte unsere Stadt von dem Waffenstillstande gar Nichts, denn vor der letzten Woche des März laufen hier nur selten Schiffe aus.

Aus der Provinz Preußen, 31. August. [Der kommandirende General Graf Dohna] hat einen nicht unwichtigen Schritt zur Versöhnung der Gemüther gethan. Er hat nämlich das Militär dringend ersucht, sich nicht bei dem reaktionären Preußenvereine in Königsberg zu betheiligen. Ich weiß nicht, ob das Kriegsministerium ihn dazu veranlaßt oder ob er nach eigenem Entschlusse gehandelt hat. (Köln. Z.)

Halle, 2. September. [Wachsthum der Demokratie.] Die demokratische Bewegung gewinnt in unserer Stadt, so wie überhaupt in dem südlichen Theile der Provinz Sachsen, welcher früher sächsisch war, mehr und mehr an Terrain, namentlich in Verbindung mit den Gesinnungsgenossen der angrenzenden sächsischen Landestheile, und zwar nicht ohne Grund. So in Erfurt, Naumburg, Merseburg, Eckardsberga, Mücheln und in andern Städten, in deren Umgebungen selbst viele Landleute, welche z. B. das freie Jagdrecht schon längst üben, sich an die Demokraten anschließen, obwohl die wenigsten von ihnen die nothwendige Konsequenz der Demokratie, welche namentlich in der gleichmäßigen Einkommensteuer liegt, praktisch anerkennen werden. Bei dem vor 14 Tagen zu Naumburg stattgefundenen Verbrüderungsfeste der Republikaner waren ganze Dorfgemeinden, ihre Schulzen an der Spitze, zugegen. (Magd. Z.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 2. Septbr. [Verfassungs-Änderung der Stadt Frankfurt.] In der heutigen zweiten Sitzung des hiesigen Verfassungs-Ausschusses stellte Dr. Kugler den Antrag auf vollständige Umgestaltung der bisherigen Verfassung der freien Stadt Frankfurt. Man beschließt: „Eine Kommission wird beauftragt, über den Kuglerschen Antrag baldigst Bericht zu erstatten, den Entwurf eines Wahlgesetzes und transitorische Bistimmungen zu dessen Einführung vorzubereiten." Zur Bildung dieser Kommission werden fünf Mitglieder des Verfassungs-Ausschusses gewählt. (O.-P.-A.-Z.)

Dresden, 4. Septb. [Spaltung der Vaterlands-Vereine.] In der gestrigen Generalversammlung der deutschen Vaterlandsvereine stellte Herr v. Streit aus Leipzig den Antrag auf Abänderung des Paragraphen der Programme der Vaterlandsvereine, welcher für Sachsen die konstitutionelle Monarchie als Vollzieherin des Volkswillens aufstellt, da derselbe überflüssig, indem der Verein ja die Volkssouveränetät als höchstes Gesetz anerkenne. Das erschien als ein Antrag auf die indirekte Anerkennung der Republik. Die namentliche Abstimmung ergab eine Majorität, wenn auch von blos 1 Stimme, für den Wegfall des Paragraphen. Die Minorität beschloß, auszutreten und an den Verhandlungen nicht weiter Theil zu nehmen. Die Minorität wird sich als deutschen Vaterlandsverein fortan betrachten und auch so nennen; wogegen die Partei der Majorität zum Unterschiede von sich dieselbe den republikanischen Vaterlandsverein heißen will. Allein zur Ausführung gewisser Maßregeln wird der deutsche Vaterlandsverein mit dem republikanischen in ein Kartelverhältniß treten. — Ueber das heute oder morgen an die Kammern gelangende Wahlgesetz ist Folgendes als Entwurf hier bekannt: 1) Zweikammersystem, zweite Kammer: 76 Wahlbezirke zu 1 Abgeordneten, aktives Wahlrecht 21 Jahr, passives 30 Jahr, direkte Wahl ohne Census; die in Dienstbotenverhältnissen Stehenden sind nicht wahlfähig. Erste Kammer: 48 Mitglieder; 38 Mitglieder von je zwei Wahlbezirken gewählt, aktives Wahlrecht 21 Jahr, Census: Grundsteuer; passives Wahlrecht 30 Jahr, Census: 10 Thl. direkte Steuer. Capacitäten: 10 Mitglieder gewählt: 1 von der Universität, 3 von der Geistlichkeit, 3 von den Volksschullehrern, 3 von den höheren Bildungsanstalten, die Wahl nicht gebunden an ihre Berufsgenossen. 2) Bei Differenzen Zusammentritt beider Kammern, Abstimmung ohne Diskussion, Sitze frei. Jede Kammer wählt ihre Präsidenten selbst ohne königliche Bestätigung. (D. A. Z.)

Kassel, 2. Septbr. [Krawall.] Diese Nacht war wieder Zeuge leidiger Auftritte, zu denen eine Erhöhung der Brotpreise den Vorwand hergeliehen hatte. Vor mehreren Bäckerläden fanden Zusammenläufe, meist von jungen Menschen, unter wildem Geschrei statt, welchen hier und da schmähliche Handlungen der Zerstörung von Fensterläden, Fenstern, Thüren und noch andere Excesse folgten. Es wurde Allarm geschlagen, die Bürgergarde und Schutzwache rückten in starken Detachements an, fanden aber an den meisten Orten das Verwüstungswerk vollbracht und konnten nur noch die Straßen von Zulauf säubern, wobei sie jedoch mehrere Verhaftungen vornahmen. (K. A. Z.)

Aus Gießen vom 31. August werden der Darmstädter Zeitung über die Unruhen folgende nähere

Angaben gemacht: Allgemein wird über das Benehmen des Bürgerkommandanten Großmann geklagt; von Seiten der Studenten wurde erst Gegenwehr geleistet, als mehrfache unsinnige Bajonnet- und Kolbenangriffe stattgefunden; wer geschossen, war noch nicht ermittelt, die Bürger behaupten, ein Student, die Studenten, ein Bürger; die Vermuthung streite jedenfalls gegen die Partei, die Schießwaffen hatte, also die Bürger. (Nach einer andern Mittheilung wären die Bürgergarden durch einen vorgeschobenen Güterwagen von dem Orte ganz getrennt gewesen, wo Pfannmüller von rückwärts getroffen wurde.) Der Bajonnetverwundungen sind viele, eben so herzloser Aeußerungen der Bürgeroffiziere nach dem Fall von Pfannmüller. Bei einem Beruhigungsversuche, welchen der Chef des Generalraths Dr. Soldan mit den Studenten versuchte, drang die Abtheilung Bürgergarde, trotz aller Abmahnungen von seiner Seite von freien Stücken auf die Studenten ein. Es sind elf Bürger verwundet. Heute früh 10 Uhr war in der Aula Studentenversammlung, in der beschlossen wurde, dem Generalrath der Bürgergarde und der Regierungskommission zu erklären: 1) Großmann dürfe nicht länger Anführer eines bewaffneten Corps sein; 2) die Bürgergarde dürfe keine Polizeigewalt über Studenten haben. Sollte binnen drei Tagen diesen Wünschen nicht entsprochen werden, so solle Gießen möglichst in Verruf gethan, und die Regierung um Verlegung der Universität gebeten werden. Dies wird auch durch Anschlag bekannt gemacht; ferner fordert ein Plakat des Studentenausschusses die Studenten zur Ruhe und Vermeidung allen Zusammentreffens mit Bürgergarden auf. Dr. Bardeleben ist in Folge der gestrigen Ereignisse aus der Bürgergarde, in welcher er Hauptmann war, ausgetreten.

Schleswig-holstein'sche Angelegenheiten.

Altona, 4. Septbr. [Entscheidende Beschlüsse der Landes-Versammlung in Kiel.] Heute früh zogen Tausende hiesiger Einwohner mit einem langen Extrabahnzuge nach Kiel, um dort eine Volksversammlung abzuhalten; ebenso kamen aus Rendsburg, Itzehoe, Schleswig, Plön und anderen Städten Patrioten dorthin, um selbstständig zu berathen über die grauenvollen Waffenstillstandsbedingungen, als auch die Beschlüsse der gleichzeitig abgehaltenen constituirenden Landesversammlung abzuwarten. Es giebt sich unter den Schleswig-Holsteinern ein Geist des Widerstandes in der augenblicklichen Krisis kund, der mit glühender Thatkräft und Aufopferungsfähigkeit durchtränkt ist. Am Bahnhofe haben sich in der größten Spannung gegen 10,000 Menschen heute Abend eingefunden, um die mit dem Kieler Abendzuge ankommenden Nachrichten entgegenzunehmen. Trotz der Kürze der Zeit, seitdem die Einberufung der Abgeordneten der schleswig-holsteinischen Landesversammlung erfolgt, haben sich doch zur bestimmten Stunde in Kiel heute die fern- und nahwohnenden Deputirten Schleswig-Holsteins, 102 an der Zahl, eingefunden, und trotz der Aufgeregtheit der Gemüther mit Ruhe und Würde die entscheidenden Beschlüsse gefaßt. Der Präsident der Landesversammlung, Herr Bargum, eröffnete in gewöhnlicher Weise die Sitzung; der Regierungs-Kommissar der provisorischen Regierung, Herr Bremer theilt den Anwesenden die bekannten Waffenstillstands-Bedingungen mit, wie sie Preußen am 26. v. M. mit Dänemark abgeschlossen und am 1. Septbr. ratificirt habe. Bei der Aufzählung der schmachvollen Bedingungen giebt sich sichtlich unter den Anwesenden ein lautes Aufseufzen kund und vor innerer Zerknirschung kommen selbst alten Leuten Thränen in die Augen. Gleich darauf stellte der Landvogt Jensen auf Sylt, ein Mann von echter Vaterlandsliebe und durchdringendem Verstande, folgenden **von den anwesenden 102 Deputirten einstimmig angenommenen Antrag: „die Abgeordneten oder Volksvertreter Schleswig-Holsteins erklären, daß die Landesversammlung weder aufgelöst noch vertagt werden könne; jede Veränderung in der bestehenden Landesregierung bedarf ihre Zustimmung; alle seit dem 24. März erlassenen Gesetze können nur mit ihrer Zustimmung aufgehoben oder verändert werden; kein neues Gesetz kann ohne sie erlassen und keine neue Steuer erhoben werden. Die Steuern werden bis zum 31. Dezember d. J. forterhoben und nur an die von ihr anerkannte Landesregiernng bezahlt. Die Landesversammlung, als Organ des Volkes, erklärt sich souverain."** Der Orientalist Professor Olshausen in Kiel motivirte diese Beschlüsse dadurch, indem er richtig und unter Acclation auseinandersetzte, daß die **Unmöglichkeit der Ausführung der von Preußen eingegangenen Waffenstillstands-Bedingungen die Fassung energischer Beschlüsse nothwendig mache.** Diese Anträge und Beschlüsse sind noch gestern per Estaffete der provisorischen Regierung mitgetheilt worden, wie sie auch der Central-Gewalt in Frankfurt durch eine noch gestern Abend auf ihrer Reise dahin hier durchkommende Deputation mitgetheilt werden. — Während der Sitzung der Landesversammlung in Kiel war in der Stadt die größte Aufregung. Da alle Hebel der Leidenschaftlichkeit in Bewegung waren, so hatte man dort einen Ausbruch des Unmuths befürchtet und dieserhalb das dort garnisonirende 5. Bataillon schleswig-holsteinischer Landes-Truppen aus der Stadt heraus verlegen wollen; einstimmig widersetzte sich das Bataillon dieser Anordnung mit den Worten: Wir wollen die Landesversammlung beschützen, wir wollen die Beschlüsse derselben abwarten. — Die dänischen Gefangenen sind gegen Abend aus Stade eingetroffen, und werden dieselben nach Eckernförde wie verlautet, gebracht, um von da per Dampfboot nach Kopenhagen befördert zu werden. Die deutschen Gefangenen werden gleichzeitig aus Kopenhagen ankommen. Wahrscheinlich werden von Seiten Dänemarks und Preußens die Bedingungen so weit erfüllt, soweit sie kein Widerstreben in Schleswig-Holstein finden; die Sachlage wird sich aber gewaltig ändern müssen, wenn die oben erwähnten Beschlüsse in Kopenhagen, Frankfurt und Berlin bekannt werden. **Die neueste Nummer der Times macht sich über uns Deutsche lustig, daß wir so nachsichtig in der schleswig-holsteinischen Frage gegen Dänemark waren, und in noch hämischerer Sprache geht es fort bei Vielen.** — Die auf heute aus dem Norden erwarteten Hannoveraner und Mecklenburger sind nicht angekommen und es heißt, daß nicht allein die Hannoveraner und Mecklenburger, sondern auch ein großer Theil der preußischen Truppen erklärt haben, nicht unter den obwaltenden Umständen heimkehren zu wollen; sie müßten erst die Schmach eines auf die Herzogthümer gewälzten grauenhaften Waffenstillstandes mit ihrem Blute rein waschen. — Die würtembergischen Truppen, die in Altona liegen, werden nach Wandsbeck und die in letzterer Stadt liegenden Würtemberger nach Altona umgewechselt; es hat seine leichtbegreiflichen Gründe dieser Truppenwechsel. Einige kleine Excesse, die aber keinen politischen Grund haben, abgerechnet, ist hier Alles, trotz der unbeschreiblichen Aufregung der Gemüther ruhig vorübergegangen.

Oesterreich.

□ **Wien**, 5. Sept. [Tagesbericht des Korrespondenz-Büreaus.] Borrosch hat sich heute entschieden von der böhmischen Partei getrennt und der deutschen Linken angeschlossen. Bisher die Zielscheibe mannichfachen Spottes, ist er jetzt mit einem Male ein Gegenstand der Popularität geworden. In verabredeter Weise interpellirte er heute das Ministerium in Betreff der von dem Justizminister Bach ausgesprochenen Vereinbarungstheorie. Die Vorrede, welche er hielt, war wohl salbungsreich, ohne indeß einer fest bestimmten, politischen Färbung anzugehören, so daß weder Konservative noch Radikale sich dadurch sonderlich getroffen oder nach Beschaffenheit erbaut finden konnten. Er schloß mit folgenden Anfragen: „Ob das Ministerium unter Sanktion und unter dem noch verfänglicheren Worte Vereinbarung etwas Anderes verstehe, als den bedingungslosen Erfüllungsakt durch die vollziehende Gewalt, um der von der gesetzgebenden Gewalt des Reichstags zu schaffenden Verfassung auch die äußere Form der Gesetzesgültigkeit zur unbezweifelbaren, dann bereits vorhandenen inneren Gesetzeskraft zu verleihen; 2) Ob das Ministerium gesonnen sei, bezüglich jener Gesetze, welche der Reichstag als vorentnommene Bestandtheile der Verfassung schon jetzt zur Wahrung des inneren Friedens zu veröffentlichen für nöthig erachten wird, die ministerielle Mitwirkung zur vorbehaltlichen Saktion und zu sofortiger Kundmachung zu verweigern. 3) Ob die Minister entschlossen seien, ihrer jetzigen, exceptionellen unverantwortlichen Stellung zu entsagen, und sich, im Falle Unheil aus einer irrthümlichen Handlungsweise derselben entspringen sollte, die Strenge des bevorstehenden Ministerverantwortlichkeitsgesetzes auch rückwirkend auf sich anwenden zu lassen? Justizminister Bach erbat sich die Interpellation schriftlich, um sich in Betreff der Erwiederung mit seinen Kollegen zu vereinbaren. Die böhmische Rechte und das konservative Centrum verhielt sich todtenstill; die deutsche Linke zeigte sich stark erregt; die Galizier blieben ziemlich passiv. Vordem hatte noch der Abgeordnete Violand im Namen der durch den Justizminister gekränkten Volkssouverainetät einen von 37 radikalen Abgeordneten gefertigten, zum Theile auch gegen den Präsidenten Strobach gerichteten Protest überreicht. Die Börse zeigte sich durch diese Debatten stark influenzirt. Morgen, höchstens übermorgen wird die entscheidende Antwort in Betreff der Mitsouverainetät des Kaisers und des ihm zustehenden Rechts seine Zustimmung zu den Beschlüssen des Reichstags zu geben oder zu weigern, vom Ministerium gegeben werden. — Die von uns gestern mitgetheilte Nachricht der Annahme der französisch-brittischen Vermittelung in Italien hat sich bestätiget. — Fiume ist im Namen des Königs von Kroatien von Szerezanern besetzt worden; die Festung Esseg wird stark bedrängt. (S. weiter unten.) — Aus Turin ist die Nachricht eingetroffen, daß die aus Mailand geflüchtete provisorische Regierung eingeladen worden sei, sich dort zu etabliren, indem der Waffenstillstand nur eine militärische Thatsache sei, und keine politischen Folgen bedinge. In Livorno fanden bedeutende Unruhen statt. In Mailand ist die Presse bedeutend eingeschränkt. Das Infanterieregiment Kaiser Nr. 1 bestand am 23. August bei Sesto Calendo einen heißen Kampf mit der Insurgententruppe des Garibaldi, der sich vor seinem gänzlichen Rückzuge große Gewaltthätigkeiten zu Varese und Gallarate zu Schulden kommen ließ.

Börsen-Kours: 5proc. 81 1/4; 4proc. 66 1/2; Bankaktien 1100; 1834ger 131 1/2; 1839ger 90; Nordbahn 106, Mailand 75, Gloggnitz 96 1/2; Pesth 66 1/2.

Wien, 5. Sept. [Preßprozeß. Minister Schwarzer soll abdanken. Verhalten der politischen Vereine. Die ungarischen Angelegenheiten.] Der dritte Preßprozeß fand gestern Statt und endete mit einer Freisprechung; auch diesmal betraf der Gegenstand eine Privatklage, indem die reichen Freiherren von Schloißnigg gegen die Redakteure Engländer und Beck des Journals Katzenmusik klagbar auftraten, nachdem sie von demselben des Wuchers beschuldigt worden waren. In Folge einer sehr gewandten Selbstvertheidigung sprachen die Geschwornen ihr Nichtschuldig aus. — Heute erwartet man die Abdankung des Arbeitsministers Schwarzer, der durch den als Abgeordneter im Parlament zu Frankfurt verweilenden Oberst von Meyern ersetzt werden dürfte. Meyern hat sich als Ingenieuroffizier einen ehrenvollen Ruf erworben und leitete die Bauarbeiten bei mehreren Festungswerken; von seiner politischen Farbe ist wenig bekannt und gehört derselbe in Frankfurt zum rechten Centrum. Schwarzer soll einen Posten bei den Staatseisenbahnen erhalten und die Leitung seines Blattes neuerdings wieder in die Hand nehmen. — Die Ankunft der beiden ungarischen Minister Bathyany und Deak soll vorzüglich den feindseligen Absichten des Baron Jellachich vorbeugen, welcher den 4. September als den Tag des Losbruchs bestimmt haben soll, falls nicht bis dahin zwischen Ungarn und Oesterreich eine Vereinbarung getroffen sein sollte. Die Stimmung in Kroatien wird durchaus als nicht so magyarenfresserisch geschildet, als dies in offiziellen Berichten gewöhnlich geschieht, zwei Drittheile der Bevölkerung theilen durchaus nicht die Wuth gegen Ungarn, dei ein Häuflein Ultra's und die reactionäre Klique im Busen nähren, allein der Terrorismus, den Jellachich in Kroatien und noch mehr in Slavonien ausübt, ist beispiellos, und die mobilen Kolonnen, die mit Geschütz versehen drohen von Dorf zu Dorf ziehen, sind die Emissäre der kroatischen Bewegung. — Ein Spekulant, Namens Scotti, will zwischen der Hauptstadt und dem schönen Dorfe Hietzing bei Schönbrunn, das einer der Lieblingssommerplätze der Wiener ist, eine Eisenbahn bauen, wozu die Kosten auf 500,000 Fl. veranschlagt sind. — Der demokratische Klubb, der liberale Verein u. s. w. haben sich permanent erklärt, da ein Sturz des Ministeriums bewerkstelligt werden soll. Bach hat dem Reichstag den Charakter eines konstituirenden nehmen wollen und die Linke wird sich dagegen erheben. Die Linke wurzelt aber in den demokratischen Elementen des Volkes.

* **Wien**, 5. Septbr. [Minister-Wechsel.] Die Unhaltbarkeit des bisherigen Ministers der Arbeiten, Schwarzer, welchen Doblhoff vor seinen demokratischen Brüdern in das Ministerium heraufgezogen hatte, war ihm selbst so einleuchtend, daß er seinen Rücktritt aus dem Kabinet ankündigte. Herr v. Doblhoff überläßt das Ministerium des Innern dem bisherigen Justizminister Bach, wogegen der Präsident des Reichstags, Strobach, das Justizministerium übernimmt. Doblhoff behält ein Ministerium in den innern Angelegenheiten des Kultus oder Unterrichts. Das Arbeiter-Ministerium wurde dem Herrn Maier, Reichsdeputirten in Frankfurt, augetragen. So stehen heute am Morgen unsere Ministerial-Verhältnisse. — Die hier anwesenden ungarischen Minister Bathyany, Esterhazy und Deak haben bisher mit unserm Ministerium in der croatischen Angelegenheit nichts zu Stande gebracht. Man erwartet hier eine gänzliche Auflösung der ungarischen Administration, noch ehe der Banus in Croatien vorrückt. — Nachmittags. Obige Minister-Combination hat noch keine gänzliche Erledigung gefunden, da sich Herr v. Strobach weigert, das Justizministerium zu übernehmen.

§§ **Pesth**, 2. Sept. [Neue Niederlage der Ungarn. Anerkennug der Selbstständigkeit Ungarns. Man will eine französisch-britisch-deutsche Intervention.] Gestern kam der k. Regierungskommissär v. Beöty vom Kriegsschauplatze an, und brachte die Nachricht von einer neuen Niederlage der Ungarn bei den „römischen Schanzen" zwischen Temerin und Jarek mit. Der Kampf ging am 28. und 29. August vor sich, am ersteren Tage bei persönlicher Anwesenheit des Kriegsministers Meßaros und ohne Nachtheil für die Ungarn, am 29. aber mit großem Verluste der letzetren. Temerin

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

Beilage zu № 209 der Breslauer Zeitung.

Donnerstag den 7. September 1848.

(Fortsetzung.)

und Jarek, ersteres durch Verrath des magyarischen Oberlieutenants Mäthe, sind von den Insurgenten genommen und den Flammen übergeben worden. Die Ungarn flohen bis Alt-Ker, wo sie der Feldmarschall-Lieutenant Graf Bechthold wieder sammelte. So haben die Insurgenten ihre bisherige Defensivstellung mit der Offensive vertauscht. Der Kriegsminister Meßaros, welcher am 28. August von Temerin nach der Festung Peterwardein reiste, wäre auf dem Wege bald von Insurgenten aufgehoben worden. Der Minister Kossuth, welcher in der eben beendigten Sitzung des Unterhauses die Einzelnheiten dieser Affaire mittheilte, sprach selbst von dem offenen Verrath eines Theils der Offiziere in dem ungarischen Lager. Auf den Antrag Kossuth's verwandelte sich dann das Haus in ein geheimes Comité, um wichtige Eröffnungen des Ministers anzuhören. Erfreulich war für das Haus die Mittheilung des Ministers, daß am 26. Aug. der deutsche Reichsverweser, Erzherzog Johann, den ungarischen Gesandten in Frankfurt, Herrn Ladislaus v. Szalai, als solchen offiziell empfangen hat. Der Minister fügte hinzu, daß binnen wenigen Tagen auch ein deutscher Gesandter hier eintreffen werde, so wie auch die Anerkennung der ungarischen Selbstständigkeit von Seiten Frankreichs und Englands in Kurzem zu erwarten sei. Ueber den Stand der Unterhandlungen in Wien versicherte der Minister, noch nichts Gewisses mittheilen zu können. Die ungarischen Minister Bathyanyi und Deak haben eben heute eine zweite Audienz beim Könige und sollen morgen schon wieder hier eintreffen. Aus guter Quelle erfahren wir, daß das Ministerium, im Falle die Unterhandlungen in Wien sich zerschlagen, von dem Landtage ein Manifest an die europäischen Regierungen unterzeichnen lassen wird. Bei der geringen Aussicht, daß Ungarn allein die österreichischen Ränke und Waffen werde besiegen können, würde die Anrufung der Intervention Frankreichs, Englands und Deutschlands kaum ausbleiben. — Am 8. d. soll auf dem berühmten Felde „Rakos" bei Pesth, auf welchem in alten Zeiten die Magyaren ihre Reichsversammlungen zu Pferde abzuhalten pflegten, eine große Volksversammlung zusammentreten, zu welcher aus allen Comitaten Abgeordnete eintreffen werden. Auch diese Versammlung ist jedoch nur für den Fall bestimmt, daß die diplomatische Unterhandlung in Wien erfolglos bleibt.

** Nach den neuesten Nachrichten aus Agram vom 3ten d. M. hatten 2 Bataillone vom Brooder Grenz-Regimente bei Vukowar die Donau ohne Hinderniß passirt. Der Banus selbst bricht diese Woche mit 56,000 Mann gegen Ungarn auf. Er hat einen Artillerie-Park von 60 Kanonen. Von der untern Gegend sind gleichzeitig alle irregulären Truppen in Bewegung gegen Ober-Ungarn. Der Banus hat für die Dampfschifffahrt auf der Save und Donau bereits Geleitsbriefe ausfertigen lassen, und die Erklärung gegeben, daß seine Operationen den Flußhandel keineswegs stören, sondern eher wieder emporheben sollen. Fiume ist auf seinen Befehl in Besitz genommen, und alle ungarischen Behörden sind durch Landeseinwohner ersetzt. (S. folg. Art.)

Fiume, 31. August. Unmittelbar nach der heute früh erfolgten Ankunft eines vom Banus an den Vicegespan Bunyevaz abgesendeten Kouriers rückten ungefähr 1000 Gränzer und Szerezaner ein und nahmen im Namen Sr. Majestät des Königs von Kroatien Besitz von unserer Stadt, worauf sie die Kasernen und die Wachtposten bezogen. Die Ruhe ward keinen Augenblick unterbrochen. Die Nationalgarde hat sich aufgelöst. Der Gouverneur Eródy und verschiedene Beamte schicken sich zur Abreise an. Sämmtliche Behörden, mit Ausnahme der Regierung sind in ihrer Funktion verblieben.

Frankreich.

Paris, 2. Septbr. [Nationalversammlung. Sitzung vom 2ten.] Die unter Arm. Marrast's Vorsitz um 1¼ Uhr eröffnete Sitzung ist der Erledigung von Petitionen gewidmet, deren, wie der Präsident anzeigt, über 4000 im Rückstande sind. — Um 3 Uhr besteigt der Finanzminister die Tribüne, um anzuzeigen, daß von der außerordentlichen Steuer von 45 pCt. bereits 85 Millionen eingegangen seien, 65 Millionen noch ausstünden und daß die Eintreibung derselben in mehreren Departements auf Schwierigkeiten stoße, die ihren Grund nicht in der Armuth der betreffenden Lokalitäten habe. Er bittet die Versammlung, durch ein Votum seinen Bemühungen Nachdruck zu geben. Die Versammlung beschließt durch ein fast einstimmiges Votum, daß ihr in dieser Hinsicht erlassenes Dekret auf das Pünktlichste ausgeführt werden solle. — Hierauf wird die Erledigung der Petitionen wieder fortgesetzt. — Tagesordnung: der Vorschlag Lichtenbergers „den Belagerungszustand vor dem Beginne der Diskussion der Constitution aufzuheben." Die Commission, die den Vorschlag geprüft hat, trägt durch das Organ ihres Berichterstatters, Herrn Cremieux, auf Nichtannahme des Vorschlages an. Die Regierung verhält sich passiv und überläßt die Entscheidung der Nationalversammlung, die den Belagerungszustand dekretirt hat. Die Majorität erklärt sich dafür, daß Paris noch im Belagerungszustand bleiben solle.

[Ruhe in Montpellier wiederhergestellt.] Eine telegraphische Depesche vom 30sten aus Montpellier meldet: daß die größte Ruhe in der Stadt herrsche. Man zählt 14 (worunter 3 schwer) Verwundete.

[Italienische Legion, aus den Flüchtlingen gebildet.] Die zahlreichen italienischen Flüchtlinge werden in Folge einer ministeriellen Entschließung in Bourg in eine italienische Legion vereinigt. So wie ein Bataillon von 1000 Mann gebildet ist, wird es von Bourg nach Besançon geschickt. Die Legion wird vorläufig 3000 Mann stark sein, sie steht unter dem Commando des Brigade-Generals der Alpen-Armee und hat mehrere französische Officiere und Unterofficiere zugetheilt erhalten.

[Die Intervention in Italien.] Der National vom 2. September erklärt auf das Bestimmteste, daß über die bewaffnete Intervention Frankreichs in Italien noch nichts entschieden sei. Oesterreich habe zwar eine ablehnende Antwort gegeben, die die Regierung der Republik in die Nothwendigkeit versetzen könne, durch eine Demonstration ihr beiden kriegführenden Parteien gemachtes Anerbieten zu unterstützen, aber immer hoffe man auf eine friedliche Lösung. Der einzige haltbare Vorwand, den Oesterreich vorgeschützt habe: als unterhandle es nämlich direkt mit Karl Albert, existire nicht mehr. Das ganze Turiner Kabinet protestire gegen jeden Separatfrieden zwischen Sardinien und Oesterreich. Es könne sich also nur um persönliche Unterhandlungen zwischen Karl Albert und Radetzky handeln, aber Karl Albert könne in seinem Namen kaum für seine eigenen konstitutionellen Staaten, geschweige für die Lombardei und Venedig einen Vertrag schließen. Oesterreich werde daher die Vermittelung doch annehmen. Bis dahin aber müsse alles bleiben wie es ist, jeder feindliche Angriff gegen von seiner Armee noch nicht besetzte Gebiete sei ihm strenge untersagt und nicht nur Frankreich, sondern auch England habe eine Note nach Wien gesandt, worin gegen jeden Angriff auf Venedig protestirt wird. Ein Ultimatum sei dem Wiener Hof gestellt worden, man überlasse ihm die Ehre einer Initiative, selbst Italien unabhängig zu erklären; weigere sich aber das Wiener Kabinet, zu sehr auf Frankfurt rechnend, dies zu thun, dann werde Frankreich den verschmähten Friedensvertrag Oesterreich auf die Spitze seines Schwertes überreichen.

[Gewicht der deutschen Vertretung im Auslande.] Aus Paris wird uns unterm 2. September geschrieben: „Ich kann nun mit Bestimmtheit anzeigen, daß sich dem offiziellen Empfange des Hrn. Friedrich von Raumer hier große Schwierigkeiten entgegenstellen, und daß er bis jetzt noch nicht dazu gelangen konnte, von Herrn Bastide dem General Cavaignac vorgestellt zu werden. Das französische Kabinet schützt den alten diplomatischen Grundsatz vor, daß man mit keiner provisorischen Regierung in offizielle Beziehungen trete und beruft sich darauf, daß, den König von Sardinien ausgenommen, noch keine Macht die provisorische Centralgewalt in Frankfurt anerkannt habe. Herr von Andrian soll sich in London in derselben Lage befinden, übrigens wissen wir, daß Herr von Raumer hier seine Zeit nicht verliert und sehr interessante historische Forschungen über das Mittelalter in den hiesigen Archiven und Bibliotheken macht, die man ihm trotz der Ferien mit größter Bereitwilligkeit zur Disposition gestellt hat.

[Der Waffenstillstand macht Deutschland zum Gespött vor ganz Europa.] Den Abschluß des siebenmonatlichen Waffenstillstandes zwischen Preußen und Dänemark zeigt der National im Tone eines Triumphliedes an und feiert diesen für dies so demüthigenden Erfolg einer schleichenden Diplomatie ohne alle Umstände als das Werk des gebieterischen Einflusses der französischen Republik. „Ohne Furcht, widerlegt zu werden, können wir behaupten, sagt er, daß die Note der französischen Regierung über die Frage der Herzogthümer und die Bestimmtheit der angenommenen Stellung nicht wenig dazu beitrugen, einen Widerstand zu besiegen, der sich — anderwärts als in Berlin — diesem glücklichen Resultate entgegenstellte".

[Preußische Ehre in Paris.] Die neueste Nummer des „National" (vom 2. Sept.) enthält folgende halbamtliche Note: „Ein fremde Macht hat sich an den Polizeipräfekten Herrn Ducour gewandt mit der Bitte um Nachweisungen über die in Paris sich aufhaltenden Polen und deutschen Demokraten, unter dem Vorgeben, daß die Anwesenheit derselben in Frankreich Besorgnisse auf Seiten des Absolutismus (!) jenseit des Rheines hervorgerufen habe. Herr Ducour hat auf eine des Beamten einer Republik würdige Weise geantwortet; nicht nur hat er jede Dienstleistung dieser Art rundweg abgeschlagen, sondern auch erklärt, daß er nie und unter keinem Vorwande den Exilirten den besondern Schutz, der ihnen gebühre, entziehen werde. Die deutschen wie die französischen Patrioten können einer solchen Antwort nur beistimmen. — Der „Bien public" erklärt, daß es der Polizeipräsident von Berlin sei, der die oben vom National gemeldete Ueberwachung der Polen und Deutschen in Paris verlangt nnd eine abschlägige Antwort erhalten habe. Das Blatt fügt hinzu, daß die Antwort des Polizeipräfekten Ducour im Moniteur erscheinen werde. (Zeitgsh.)

Rußland.

Von der russischen Grenze. [Stimmung des russischen Kabinets.] Ein vor uns liegendes Schreiben von St. Petersburg vom neuesten Datum sagt: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich in unsern Beziehungen zu Frankreich und Deutschland gewaltige Aenderungen zugetragen haben. Man nähert sich offenbar der Politik des Kaisers Paul, und der Czaar, so rasch in allen seinen Entschlüssen, hat Frankreich seine Wünsche der Annäherung auf unzweideutige Weise zu verstehen gegeben. In den hiesigen politischen Zirkeln läßt sich das Echo des kaiserlichen Ingrimms gegen Deutschland vernehmen. Man erhebt Cavaignac in den Himmel, preist seine und Lamoricière's Verdienste und klagt bitter darüber, daß man 40 Jahre lang seinen natürlichen Alliirten zu Gunsten der deutschen Politik hintangesetzt habe, um dafür mit dem schnödesten Undank belohnt zu werden. Noch mehr, es erheben sich Stimmen, die es nicht für zu gewagt halten, hier von einer Wiedergeburt Polens durch den Kaiser Nikolaus zu reden ... Sie betrachten das neue Polen als einen Keil, den man ins Herz von Deutschland eintreiben und unter veränderten Umständen mit leichter Mühe zurückziehen könnte! Ziehen Sie daraus Ihre Folgerungen. Sie liegen nahe!" (A. Z.)

Großbritannien.

London, 1. September. [Ministerielle Erklärung.] Die heutige Unterhaus-Sitzung bot kein besonderes Interesse. Lord Palmerston kündigte den Abschluß des Waffenstillstandes zwischen Dänemark und Preußen für Deutschland an. Auf eine Interpellation Lord Dudley Stuart's in Betreff des Einmarsches der russischen Truppen in die Donau-Fürstenthümer erwiederte Lord Palmerston, daß der Einmarsch in die Moldau nur mit Zustimmung der Pforte erfolgt und der Aufenthalt der Russen nur temporär sei.

Lokales und Provinzielles.

** **Breslau, 6. September.** [Der deutsche Volksverein. — Volksversammlung. — Adressen an die Nationalversammlung.] Nachdem am Sonntage die Konstituirung des deutschen Volksvereins erfolgt war, hielt derselbe gestern seine erste öffentliche Sitzung im Saale des „blauen Hirsch." — Auf Antrag einiger Mitglieder kam vor der Tagesordnung die in der jüngsten Nationalversammlung in Berlin verhandelte Angelegenheit in Betreff des kriegsministeriellen Erlasses zur Sprache, und stellte in Bezug hierauf Herr Friedmann den Antrag, der Verein möge sofort eine Adresse an die Nationalversammlung erlassen, um seine Entrüstung über die von dem Ministerium abgegebene Erklärung auszudrücken. Nach einer kurzen Debatte wurde der Antrag mit großer Majorität angenommen und die Ausarbeitung der Adresse einer Kommission von drei Mitgliedern übergeben. Der von dieser Kommission vorgelegte Entwurf fand die Zustimmung der Versammlung; er lautet folgendermaßen:

„Hohe National-Versammlung! Die in Ihrer Sitzung vom 4ten d. M. von dem Staats-Ministerium abgegebene Erklärung: daß es keine Veranlassung finde, Ihren Beschluß wegen des Erlasses an die Armee auszuführen, muß das Volk mit der tiefsten Entrüstung erfüllen. Wir erwarten von der hohen Versammlung daß sie ihre Souveränetät und Ehre, welche die Souveränetät und Ehre des Volkes ist, wahren, und auf die Ausführung ihrer einmal gefaßten Beschlüsse durch die Minister, als die Diener des Staats, fest beharren wird. Einem Ministerium, welches sich dem verfassungsmäßig ausgesprochenen Willen der Nation

widersetzt, kann die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten nicht länger anvertraut bleiben. — Der deutsche Volksverein."

Die Adresse ist bereits mit dem heutigen Morgenzuge nach Berlin abgegangen, und gelangt noch heute Abend in die Hände eines Deputirten der Stadt Breslau.

Der demokratische Verein hatte zur Besprechung derselben Angelegenheit eine Volksversammlung ausgeschrieben, die heute in der Mittagsstunde auf dem Exerzirplatze abgehalten ward. Die Versammlung war von vielen Tausenden besucht und zeigte einen sehr erregten Charakter. Es sprachen die Herren Engelmann, Asch, Glatz, König und Liebich. Der der Versammlung vorgelegten Entwurf einer Adresse an die Nationalversammlung lautet also:

Hohe National-Versammlung! Im Namen des Volkes und seiner ungetheilten Machtvollkommenheit fordern wir, daß die Minister unweigerlich sich der Mehrheit der Volksvertreter fügen, daß sie unweigerlich die Beschlüsse dieser Versammlung, wenn sie die Rechte des Volkes wahren, ausführen und wenn sie dazu nicht gewillt und nicht fähig sind, so müssen sie abtreten und die Regierung in die Hände des Volkes niederlegen. Wir fordern also jetzt, daß die National-Versammlung ihrem Beschlusse vom 9. August Geltung verschaffe, **das Ministerium auflöse und in Anklagezustand versetze.** Wird dieser gerechten Forderung nicht unmittelbar Folge gegeben, so fordern wir alle wahren Vertreter des Volkes, alle, welche die Rechte des Volkes nicht mit Füßen treten wollen, auf, **aus der Versammlung zu scheiden.** Wir erklären, **daß wir die Zurückbleibenden nicht mehr als die gesetzmaßigen Vertreter des Volkes anerkennen und weder ihren Beschlüssen, noch den Maßregeln der die Rechte des Volkes verhöhnenden Minister Gehorsam leisten werden.**

Der Entwurf wurde angenommen und den Rednern der Auftrag ertheilt, die Adresse Namens der Versammlung zu vollziehen und der Nationalversammlung in Berlin zuzustellen. Ehe die Versammlung auseinander ging, ermahnte sie Dr. Engelmann, durch keine unnützen Krawalle die hohe Wichtigkeit der Sache herabzusetzen, und den Ausgang der morgigen Verhandlung in Berlin mit Ruhe abzuwarten.

In Bezug auf den deutschen Volksverein wollen wir noch mittheilen, daß in der gestrigen Sizzung Statut und Geschäftsordnung berathen und die Wahl des Präsidenten und der Sekretäre vollzogen worden sind. Herr Pflücker wurde fast mit Einstimmigkeit zum Präsidenten erwählt. Das Bureau wird nächstens das Programm des Vereins veröffentlichen und zum Beitritt auffordern. Ueber die Motive des Programms, wie auch über die bei der Berathung desselben stattgehabten Debatten behalten wir uns den Bericht noch vor.

** Die Provinzial-Schullehrer-Konferenz.

(Sitzung vom 6. September.)

Das Protokoll der ersten Sitzung wird verlesen. Einige katholische Lehrer verlangen, daß die von ihnen eingebrachten und durchgefallenen Amendements mit Angabe der Motive ins Protokoll aufgenommen werden. Die Versammlung geht darauf nicht ein und schreitet zu Fortsetzung der Berathung über die Kommissionsvorlage. An der Ordnung ist § 4, dessen erster Satz also lautet: „Die Kreisschulbehörde bestehe aus einem von den Lehrern des Kreises auf Zeit freigewählten, sachkundigen Schulmanne, der auch Geistlicher sein kann." Der Kommissions-Referent Gollnisch motivirte den Antrag auf Einführung der Kreisschulbehörde damit, daß bisher kein Vermittelungsorgan zwischen der Schule und der Provinzialschulbehörde existirt, eine solche Wechselwirkung aber unumgänglich nothwendig sei, wenn das Leben der Schule ein frisches und lebendiges sein soll. Die Kreisschulbehörde zum Zwecke dieser Vermittelung, müsse aber dem einmal angenommenen Prinzipe gerecht, von den Lehrern selbst gewählt und in einer Person bestehen, die das Schul- und Erziehungswesen praktisch erlernt habe. Das Amt des Kreis-Schul-Inspektors soll also künftighin nur von einem Lehrer verwaltet werden. — Der Zusatz, daß auch ein Geistlicher Inspektor sein könne, rief eine lange und lebhafte Debatte hervor. Mildner, Konrad, Stiller u. m. A. sprachen für den Wegfall dieses Zusatzes. Der Eine machte geltend, daß die Geistlichen den Lehrern bisher nicht einen solchen Schutz hätten angedeihen lassen, daß man es hier gleichsam als Wunsch ausspreche, sie möchten Schul-Inspektoren werden. Der Redner hob das Moment hervor, daß es hier gerade darauf ankomme, das Verlangen auszusprechen, daß nur ein Lehrer Inspektor werden könne, da es ja bei keinem andern Stande der Fall ist, daß er von Jemand beaufsichtigt wird, der nicht demselben Stande angehört. Wiederum ein Redner meinte, daß dieser Zusatz überflüssig sei, da es sich, bei der freien Wahl, von selbst verstehe, daß der Geistliche, wenn er anders gewählt wird, so gut wie jeder Andere Inspektor sein könne. — Für die Beibehaltung des Zusatzes sprach namentlich der Deputirte Jordan, indem er an Pestalozzi, Dinter und mehre andere Geistliche erinnerte, die sich so großes Verdienst um das Schulwesen erworben haben. Der Deputirte Gutsch will, daß die Kreis-Schulbehörde nicht blos von den Lehrern des Kreises, sondern auch von den Orts-Schulvorständen und der Provinzial-Schulbehörde gewählt werde. — Der Deputirte Murawicki stellt den Antrag, daß nur Geistliche zu Schulinspektoren gewählt werden; es sei dies ein unabweisliches Erforderniß bei den katholischen Schulen. — In Bezug darauf, daß der Schulinspektor „auf Zeit" gewählt werde, erhebt sich ebenfalls viel Einspruch und wird namentlich darauf hingewiesen, daß, wenn ein Lehrer, der zum Schulinspektor gewählt würde, dieses Amt nicht auf Dauer haben sollte, er sehr leicht ganz brodlos werden könnte. — Die zahlreich eingegangenen Amendements fielen bei der Abstimmung fast sämmtlich durch und wurde der Paragraph der Kommissions-Vorlage mit der Modifikation angenommen, daß erstens die Bestimmung „auf Zeit" gestrichen und sodann zu dem Satze „der auch ein Geistlicher sein kann" noch der Zusatz angenommen ward „der gewählte Geistliche muß alsdann sein geistliches Amt niederlegen." — Der sich hieran Anschließende: „Dieser hat die Wechselwirkung zwischen den Schulen des Kreises und der Provinzialschulbehörde zu vermitteln und ist deshalb Mitglied der Provinzial-Schul-Synode" wurde ohne Widerspruch angenommen, eben so die Bestimmung, daß dem Schulinspektor zwei auf Zeit gewählte Beisitzer zugesellt werden. Der Ausdruck „nach Bedürfniß", der sich in der Kommissions-Vorlage befand, wurde gestrichen. — Der hierauf zur Berathung gestellte Paragraph handelte über die Provinzial-Schul-Behörde und lautete: „Hinsichtlich der Provinzial-Schul-Behörde wünschen wir, daß sie sachverständige, praktische Lehrer aus allen Kategorien in ihrer Mitte habe." Der Paragraph wurde nach kurzer Debatte in dieser Fassung angenommen. Dagegen rief der folgende Paragraph wiederum eine längere Debatte hervor: „Mit der wesentlichen Gestaltung der selbstständigen Volksschule ist das seitherige, jetzt in Zweifel gezogene Recht der Geistlichen der einzelnen Konfessionen, die Schule als Revisoren zu beaufsichtigen, unvereinbar, wogegen der Kirche durch die confessionelle Vertretung im Ortsschulvorstande ein angemessener Einfluß auf die religiös-sittliche Jugenderziehung gesichert bleibt." Es betheiligten sich an der Debatte hierüber besonders Gollnisch, Gutsch, Stiller, Konrad. Gutsch will den Zusatz „mit Grund" in Zweifel gezognene Recht der Geistlichen ꝛc. Die Versammlung entschied sich für die Kommissions-Vorlage mit dem Zusatze von Gutsch.

Breslau, 6. September. [Zurückweisung.] Im letzten Kommunalbericht haben wir folgende Worte mitgetheilt: „Nachdem das Planetarium und Tellurium im Magdalenen-Gymnasium aufgestellt sind, wird beantragt, dem Dr. Sadebeck für einmaligen Unterricht in jeder Woche jährlich sechszig Thaler zu bewilligen." Nun kommt auf einmal eine Berichtigung von Herrn Dr. Sadebeck, in welcher er, etwas plump mit der Thür ins Haus fallend, über die verkehrte Auffassung spricht und sagt: „Es ist also unwahr, daß von meiner Seite ein Antrag gemacht worden ist." — Wer hat denn so etwas behauptet? So etwas steht ja gar nicht im Bericht. Verehrter Herr, man muß nicht berichtigen wollen, wo nichts zu berichtigen ist.

Der Referent.

Theater.

Ueber die Aufführung von dem Lustspiele „Das Urbild des Tartüffe" haben wir nur wenige Worte zu berichten. Die Leistung des Herrn Devrient als „Moliere" ist bei uns so bekannt, daß wohl nichts darüber gesagt zu werden braucht. Fräul. Marie Devrient spielte die Rolle der „Madeleine" mit einer dem Charakter so angemessenen Kindlichkeit und zugleich mit einem so feinen Anflug von Humor, daß wir nur unsere beste Zufriedenheit darüber aussprechen können. — Herr Gerstel vom Stadttheater in Hamburg spielte den „Lamoignon". Es ist nicht in Abrede zu stellen, daß Herr Gerstel in dieser Rolle eine sehr scharfe Charakterzeichnung gezeigt hat, nur wollte es uns bedünken, daß er die Farben mitunter etwas stark aufzutragen geneigt ist. Die Wirksamkeit auf die Massen ist hiermit allerdings leichter zu erreichen, der künstlerischen Darstellung jedoch kann es nur Abbruch thun.

Das Haus war so gefüllt, daß das Orchester geräumt werden mußte. Die Gäste wurden vielfach gerufen und mit Applaus überhäuft.

M. K.

† **Breslau**, 6. Septbr. [Selbstmord.] Gestern Abend um 8¼ Uhr wurde der circa 50jährige Maschinenbauer Helling in seiner von innen verschlossenen, auf der Scheitniger Straße Nr. 1 belegenen Wohnstube mit mehreren Schnitten am Halse todt gefunden. Der Entleibte lag im Blute auf dem Fußboden und über ihm auf einem Tische ein Barbier-Messer, mit welchem er sich die Schnittwunden am Halse beigebracht hatte. Wie aus den nachgelassenen werthlosen Gegenständen des ꝛc. Helling hervorgeht, mag derselbe in sehr mißlichen Verhältnissen gelebt haben und deren Druck Ursache von seinem Tode gewesen sein. Der Entleibte wohnte über ein Jahr in der bezeichneten Wohnung und wird von seinen Hausgenossen als ein stiller, genügsamer und nüchterner Mann geschildert. Ueber seine persönlichen Verhältnisse ist bis jetzt nichts Genaueres bekannt geworden.

△ **Ratibor**, 5. September. [Verwüstung des Schlosses Hultschin.] Gestern ist das Schloß Hultschin, zwei Meilen von hier belegen und dem Baron Rothschild (in Wien) gehörig, von den Bauern demolirt worden. Im Schlosse selbst sind alle Möbel, Akten ꝛc. zerstört, die Verwalterin und das sonstige Personal sind geflüchtet. Die unmittelbare Ursache ist eine Verweigerung der Tanzmusik am Montage und die mittelbare Ursache die Aufhebung einer bestehenden Abgabe, welche jährlich mit einem Dukaten an die Herrschaft abgeführt wurde. Die Ulanen von hier sind nach Schloß Hultschin abgesandt.

* **Brieg**, 5. September. [Bürgerwehr. Der Reichs-Kriegsminister.] Die hiesige Bürgerwehr hat eine Stärke von 793 Mann. — Folgende Notiz des hiesigen „Sammler" wird den meisten Lesern gewiß eben so neu wie interressant sein, nämlich daß der Reichs-Kriegsminister von Peucker Briegischer Herkunft ist. Er ist nämlich der Enkel von dem ehemaligen hiesigen Pastor prim. und Superindenten Peucker, dem Vorgänger Stroths. Peucker hatte einen Sohn, der als Kaufmann in Schmiedeberg lebte und dieser war der Vater des jetzigen Reichskriegsministers, der nach den Feldzügen des Befreiungskrieges in den Adelstand erhoben wurde.

* **Bunzlau**, 4. September. [Die erste Volksversammlung] fand gestern hier statt. Von verschiedenen Rednern wurde das Volk über die wichtigsten Tagesfragen belehrt, als wie über das Vereinigungsrecht, über das neue Bürgerwehrgesetz, deutsche Einigkeit, deutsche Flotte ꝛc., welche Gegenstände in entschieden freisinnigem Geiste besprochen wurden. Auch aus Glogau war die Versammlung beschickt worden.

(Oppeln.) Den ehemaligen beiden Rathmännern in Ziegenhals, Garn-Negocianten Friedrich Tatzel und Schuhmachermeister Karl Walter, ist von der Stadtkommune der Titel „Stadtältester" beigelegt worden. — Der Pfarr-Administrator Gebaur in Herzogswaldau, Grottkauer Kreises, ist zum Pfarrer daselbst ernannt worden; — der Pfarr-Administrator Wanjura, zum Pfarrer zu Petersdorf, Tost-Gleiwitzer Kreises; — und der Pfarr-Administrator Kinner zum Pfarrer in Nassiedel, Leobschützer Kreises; — der Kaplan Bergmann zu Wartha hat die Pfarre in Zelasno, Oppelner Kreises, abgelehnt, und ist dieselbe dem Pfarrer Czogalla in Markowitz, Ratiborer Kreises, verliehen worden. — In Stelle des ausgeschiedenen Rathmanns Treeger zu Rosenberg, ist der Kaufmann und Stadt-Verordnete Kempen daselbst erwählt und bestätiget worden; — der evangelische Schullehrer Teuber zu Neisse, hat die Kantor-, Organisten- und Schullehrerstelle zu Patschkau erhalten; — der katholische Schul-Adjuvant Robert Hoffmann zu Alt-Repten, die Lehrerstelle zu Sosnitza, Beuthener Kreises, — und der Corpsjäger Ganzarski, ist zum Förster zu Damnick, Oberförsterei Bodland, befördert worden.

Die Einnahme der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft betrug im Monat Juli d. J.:

	Rtlr.	Sgr.	Pf.
aus dem Personen-Transport für 78,133 Personen	77,756	22	—
aus dem Güter-Transport für 131,744 Ctr. 35 Pfd.	53,674	8	9
aus diversen andern Titeln	4,380	21	7
zusammen	135,811	22	4
Dazu Einnahme vom 1. Januar bis letzten Juni d. J.	646,056	13	3
Summa	781,868	5	7
In den entsprechenden Monaten des Jahres 1847 wurde eingenommen	835,176	23	5
mithin 1848 weniger	53,308	17	10

Inserate.

2) dem Stadt-Rath **Frank**, als Stellvertreter desselben;
3) dem Stadt-Rath und Syndikus **Anders** als Syndikus der Bank;
4) dem Kaufmann **Caprano**;
5) dem Banquier **Eichborn**;
6) dem Kaufmann **Fr. Klocke**;
7) dem Kaufmann **Kopisch**;
8) dem Kaufmann **Liebich** junior;
9) dem Kaufmann **Neugebauer**;
10) dem Bäckermeister **Rösler** junior:
11) dem Kaufmann **M. Schreiber**.

Alle verpflichtenden Ausfertigungen der städtischen Bank müssen von dem Dirigenten, oder dessen Stellvertreter und den beiden, in jedem Monate fungirenden Miegliedern der Deputation unterzeichnet sein.

Die Namen dieser beiden Mitglieder werden im Geschäfts-Lokale der Bank ausgehängt werden. Für die Bank-Kasse zeichnen zur Zeit die beiden ersten Bank-Beamteten **Heinke** und **Rahner**.

Die Geschäfts-Instruktion für die Bank wird auf Erfordern im Geschäfts-Lokale jederzeit zur Einsicht vorgelegt werden.

Breslau, den 31. August 1848.

Der Magistrat
hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

Generalversammlung des Vereins für physiologische Medicin, Donnerstag den 7. Sepeember Abens 7 Uhr, im Lokale des Impfinstituts, Katharinenstraße Nr. 18.

Bekanntmachung.

Wegen eines Kanalbaues in der Gartenstraße ist die Passage über die Gabitzer Straße von heute an auf einige Tage abgesperrt worden, was hierdurch bekannt gemacht wird.

Breslau, den 6. September 1848.

Königliches Polizei-Präsidium.

Marktverlegung.

Der diesjährige hiesige **Herbst-Wollmarkt**, welcher in den Kalendern irrthümlich auf den 25. September d. J. angesetzt worden ist, wird vom 25. auf **den 29. Septbr. d. J.** verlegt. Strehlen, den 2. September 1848.

Der Magistrat.

Christkatholische Gemeinde.

Sonntag den 10. September predigt in der Bernhardinkirche Prediger Hofferichter und des Mittags in der Armenhauskirche Kandidat Erdmann. **B.**

Theater-Nachricht.

Donnerstag: Zum Benefiz und letztes Gastspiel von Herrn Emil Devrient, königl. sächsischem Hof-Schauspieler. Bei aufgehobenem Abonnement. **„Die Frau Professorin“, oder: „Dorf und Stadt.“** Schauspiel in 2 Abtheilungen und fünf Akten, nach einer Erzählung Berthold Auerbach's von Charl. Birch-Pfeiffer. — Reinhard, ein Maler, Herr Emil Devrient. Lorle, Frau Heese (hat diese Rolle aus Gefälligkeit übernommen).

Freitag: Benefiz und letztes Gastspiel von Frau Palm-Spatzer, königl. würtembergische Kammersängerin. Bei aufgehobenem Abonnement: **„Robert der Teufel.“** Große Oper mit Tanz in 5 Akten, Musik von Meyerbeer. — Isabella und Alice, Frau Palm-Spatzer.

Als Neuvermählte
empfehlen sich Verwandten und Freunden:
Bernhardt Landsberg,
Philip. Landsberg geb. Buttermilch.

Entbindungs-Anzeige.

Die glückliche Entbindung seiner lieben Frau, Marie geb. Kessel, von einem gesunden Knaben am 2. d. M., zeigt Verwandten und Freunden hiermit ergebenst an:

Senior minist. Feuerstein.

Landeshut, den 4. September 1848.

Todes-Anzeige.
(Statt besonderer Meldung.)

Heute Nachmittag 5 Uhr entschlief nach Empfang der heiligen Sterbesakramente, meine liebe Frau, Katharina, geb. Sagner, an Lungenlähmung, im 57sten Lebensjahre.

Breslau, den 5. September 1848.

Bernard Hahn,
Dom-Kapellmeister.

Todes-Anzeige.

Nach 13-tägigen Leiden entschlief sanft gestern Abend 10 Uhr unser geliebter Paul in dem Alter von 1 Jahr und 10 Monaten, in Folge der rothen Ruhr. Entfernten Freunden und Verwandten zeigen wir dies, statt besonderer Meldung, mit tiefbetrübtem Herzen an.

Nieda, den 4. Septbr. 1848.

Herrm. Knothe, Pastor.
Adolf. Knothe, geb. v. Heuthausen.

Todes-Anzeige.

Heute Morgen 7½ Uhr starb am gastrischen Fieber und hinzugetretener Lungenlähmung unser vielgeliebter Gatte, Vater, Groß- und Schwiegervater, der Bäckermeister Wilhelm Buckisch, in dem Alter von 50 Jahren 9 Monaten. Allen theilnehmenden Freunden und Bekannten widmen diese Anzeige, um stille Theilnahme bittend:

die Hinterbliebenen.

Breslau, den 6. September 1848.

Herr Emil Devrient wird dringend ersucht, noch einmal in „Richard's Wanderleben“ aufzutreten.

Viele seiner Bewunderer.

Bei ihrer Abreise nach Breslau empfehlen sich als Neuvermählte:

Adolph Prager,
Emilie Prager geb. Kronecker.

Liegnitz, den 3. September 1848.

Danksagung.

Die Beweise des Wohlwollens und Vertrauens, welche Seitens eines geehrten Publikums mir durch den zahlreichen Besuch meines Feuerwerks geworden sind, verpflichten mich zum wärmsten Danke, welchen ich hiermit ausspreche, und mich für meine spätern Unternehmungen neuem Wohlwollen empfehle. **Schwiegerling**, Pyrotechniker.

☞ Offene Engagements: für einen verheiratheten Amtmann, Rechnungsführer und für einen unverheiratheten Hauslehrer.

Tralles, Messergasse 39.

Ein Lokal, welches circa 1000 Personen faßt, wird Vereinen zu Versammlungen bis 8. September nachgewiesen: Altbüßerstraße Nr. 31, beim Buchbinder Speck.

Buchhandlung Ferd. Hirt in Breslau u. Ratibor.

Bei B. F. Winter, Verlagshandlung in Heidelberg, ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen; in **Breslau** und **Ratibor** durch **Ferdinand Hirt**, in Krotoschin durch Stock:

(Klassisches Werk zu höchst ermäßigtem Preise.)

C. Sal. Zachariä's

40 Bücher vom Staate.

Umarbeitung des früher unter demselben Titel erschienenen Werkes.

Ermäßigter Preis für das vollständige Werk in sieben Bänden 4 Rtl.

Von diesem klassischen Werke, dem umfassendsten und geistreichsten, welches wir über die Staatswissenschaften besitzen, haben wir eine **Anzahl Exemplare** bestimmt, um zu dem bemerkten **wohlfeilen** Preise abgegeben zu werden; ist diese **Anzahl** verkauft, so tritt der fast um das Dreifache höhere Ladenpreis wieder ein. Man wird deshalb wohl thun, Bestellungen bald zu machen.

In unserem Verlage ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, vorräthig bei **Ferdinand Hirt** in **Breslau** und **Ratibor**, in Krotoschin bei Stock:

Die Republik des deutschen Volkes.

Eine Stimme aus Sachsen
von
Karl von Steinbach.
Geh. Preis 10 Sgr.

Leipzig, August 1848.

Breitkopf u. Härtel.

Bei Gottfr. Basse in Quedlinburg erschien und ist bei **Ferdinand Hirt** in **Breslau** und **Ratibor**, in Krotoschin bei Stock vorräthig:

Das natürliche und künstliche Asphalt und der Asphaltmastix.

Oder über das Vorkommen und die Eigenschaften des natürlichen und die Darstellung der künstlichen Asphalts. Nebst ausführlicher Anweisung zu deren verschiedensten, bereits üblichen oder noch möglichen Nutzanwendung zum Pflastern von Fußböden, Trottoirs, zu Asphaltdächern u. s. w.

Für Ingenieurs, Bautechniker, Architekten, Zimmerleute und Maurer, sowie für Bauherrn und Hausbesitzer
von
Friedrich Klingemann.
geh. Preis 10 Sgr.

Bei **Wilhelm Gottlieb Korn** in **Breslau** ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Pius IX., die Hermesianer
und
der Erzbischof von Geissel.

Offene Briefe
von
Dr. P. J. Elvenich,
Professor der Philosophie an der Universität zu Breslau.
VIII. u. 173 S. gr. 8. Preis geh. 1 Rthl.

In der Stuhr'schen Buchhandlung in Berlin ist so eben erschienen und bei **G. P. Aderholz** in **Breslau** (Ring- und Stockgassen-Ecke Nr. 53) zu haben:

Schach dem Minister Hansemann, v. Graf Pinto. 10 Sgr.
Verfassungsentwurf für eine Monarchie auf den breitesten Grundlagen, v. Dr. Minding. 3 Sgr.
Einige Worte an Bülow-Cummerow, v. Graf Pinto. 3 Sgr.
Der neue brittische Zolltarif. Im Auftrage des königl. preuß. Ministers d. ausw. Angelegenheiten für Kaufleute, Gewerbtreibende, Staatsmänner und Statistiker übers. u. zusammengest. v. A. v. Treskow. 15 Sgr.
Neuer allgem. Berliner Bier-Comment. 7 Sgr. 6 Pf.

Bekanntmachung.

Die Herren Aktionäre des **Spremberg-Görlitzer Chausseebaues** werden hierdurch aufgefordert, auf die von ihnen gezeichneten Aktienbeträge eine fernerweite **Einzahlung von Zwanzig Prozent** unter Abrechnung von 4 Prozent Zinsen von den bereits eingezahlten 30 Prozent für 2 Monat **bis spätestens zum 1. Oktober d.** zur Vermeidung der im § 28 der Vereinsstatuten bestimmten Nachtheile an das Landsteueramt zu Görlitz zu leisten. Görlitz, am 30. August 1848.

Das Direktorium der Spremberg-Görlitzer Chausseebau-Gesellschaft.

Verein zu Mörschelwitz.

Mehrere bäuerliche Grundbesitzer aus den Kreisen Breslau, Neumarkt, Nimptsch und Schweidnitz sind aus wichtigen Gründen dem am 27. August zu Mörschelwitz beabsichtigten Vereine nicht beigetreten, sondern haben den 2. d. M. einen ihren Ansichten entsprechenden gestiftet. Da die **Zeit drängt** und sehr wichtige Dinge zu beschließen, so werden die verehrlichen **Mitglieder** dringend ersucht, **den 10. d. M.**, Nachmittag 2 Uhr, möglichst insgesammt sich hier einzufinden.

Mörschelwitz, den 5. September 1848. **Der Vorstand.**

Bekanntmachung.

Im Geschäfts-Lokale des unterzeichneten Haupt-Steuer-Amts — Werderstraße Nr. 28 hierselbst — sollen Montag den **11.** d. M., Vormittags 10 Uhr, circa 24 Ztr. Makulatur, die Hälfte unter Beding des Einstampfens, gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert werden.

Breslau, den 4. September 1848.

Königliches Haupt-Steuer-Amt.

Montag den 18ten d. M. Vormittags um 10 Uhr sollen 7 ausrangirte neunsitzige Personen-Postwagen auf dem hiesigen Posthalterei-Hofe (Antonien-Straße) öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden. Die Verkaufsbedingungen sind im Termine einzusehen.

Breslau, 5. September 1848.

Ober-Post-Amt.

Pferde-Verkauf.

Dienstag den 12. September d., Vormittags ½ 10 Uhr sollen auf dem hiesigen Getreidemarkte 6 königliche Dienstpferde der 3. Abtheilung 5. Artillerie-Brigade gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert werden.

Schweidnitz, den 5. September 1848.

Thilo,
Major und Abtheilungs-Kommandeur.

Holz-Verkauf.

Aus den Etatsschlägen der königl. Ober-Förstereien Dambrowka und Budkowitz pro 1848 sind

circa 3600 Klaftern Kiefern- und Fichten-Brennholz, und
circa 1000 Klaftern Eichen-, Buchen-, Birken- und Erlen-Brennholz

an die Flößbäche angefahren worden, zu deren öffentlichem meistbietenden Verkauf ein Termin

auf den 21sten d. M. von Vormittags 10 bis 12 Uhr

in hiesiger Forst-Kanzlei angesetzt worden ist. Es werden zu demselben Kauflustige mit dem Bemerken eingeladen, daß, wie gewöhnlich, der vierte Theil des Meistgebots im Termine selbst nach erfolgtem Zuschlage an den anwesenden Forstkassen-Rendanten gezahlt werden muß. Das Holz kann vor dem Termine zu jeder Zeit in Augenschein genommen werden, und haben sich deshalb Kauflustige bei dem Unterzeichneten zu melden. Alle übrigen Bedingungen werden im Termine vorgelegt resp. vorgelesen werden.

Zum Schluß wird noch bemerkt, daß vielleicht auch eine Quantität Stockholz zum Ausgebot kommen wird.

Dambrowka, den 3. Sept. 1848.

Der k. Oberförster Heller.

Heiraths-Gesuch.

Ein gebildeter junger Mann von 28 Jahren, höchst soliden Charakters, der auf dem Lande in einem sehr angenehmen und schönen Orte Oberschlesiens einen festen lebenslänglichen Posten mit einem auskömmlichen Einkommen bekleidet, sucht, da es ihm an Zeit und Damenbekanntschaft gebricht, auf diesem Wege eine seinem Alter angemessene Lebensgefährtin, die mindestens ein Vermögen von 2000 Rthl. nachzuweisen vermag und in einem häuslich-ländlichen Leben ihr Glück sucht. Bezügliche Adressen werden unter der Chiffre C. N. poste restante, franko Oppeln bald möglichst erbeten und dürfen darauf Reflektirende der strengsten Diskretion in Wahrheit versichert sein.

Beachtenswerth.

Einem Kaufmann, der in Privatgeschäften nach Polen, auch bis Warschau reist, würde es angenehm sein noch mehrere Geschäfts-Besorgungen zu erhalten, die er gegen angemessene billige Provision bestens ausführen würde. Hierauf Reflektirende erfahren Näheres bis zum 11. d. M. bei M. A. Zencominierski, Gartenstraße 21.

Liebich's Garten,

heute, den 7. September,

großes Concert

von der **Breslauer Theater-Kapelle.**

Nußbaum-Bohlen

werden bald zu kaufen gesucht. Das Nähere darüber bei

Gebrüder Bauer, Ring Nr. 2.

Dr. Wendt-Kudraß'scher Cholera-Liqueur.

Nach Uebereinkunft mit Herrn **Kudraß** hat uns derselbe die von dem geheimen Medizinal-Rathe Herrn Dr. **Wendt** verfaßte Vorschrift zur Bereitung des unter dem obigen Namen dem Publiko aus dem Jahre 1831 gewiß noch rühmlichst bekannten Cholera-Liqueur zum künftigen **alleinigen Debit** überlassen.

Wir empfehlen daher unter der Benennung

Dr. Wendt-Kudraß'scher Cholera-Liqueur

das bei uns gefertigte Fabrikat in großen und kleinen Quantitäten, so wie zum glasweisen Genuß in unserer Frühstückstube,

das preußische Quart à 20 Sgr.,
die bestrickte preuß. Quart-Flasche à 23 Sgr. incl. Flasche,
" " " ½ " à 12 Sgr. " "
" " " ¼ " à 6½ Sgr. " "

mit dem Bemerken, daß die Flaschen mit einem unsere Firma enthaltenden Etiquett, auf welchem sich die Empfehlung des geheimen Medizinal-Rathes Dr. **Wendt** befindet, versehen, und mit unserm Petschaft versiegelt, so wie mit unserer Unterschrift versehen sind.

Breslau, den 5. September 1848.

Nitschke & Comp.,
Liqueur- u. Rum-Fabrik, Schuhbrücke Nr. 5,
im ehem. W. Bätz'schen Lokale.

Im Verlage von **Graß, Barth u. Comp.** in **Breslau** und **Oppeln** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Brieg** durch **J. F. Ziegler**:

Merkwürdige Begebenheiten
aus der
schlesischen, brandenburgisch-preußischen Geschichte.

Von **K. J. Löschke**,
vormals Lehrer am evangelischen Schullehrer-Seminar in Breslau.
Dritte Auflage. 14¼ Bogen 7½ Sgr.

Im Verlage von **Graß, Barth und Comp.** in **Breslau** und **Oppeln** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Brieg** durch **Ziegler**:

Berechnung der Zinsen

in preuß. Courant von 5 Silbergroschen bis inclusive 1000 Rthl. Kapital zu 2, 2½, 3, 3⅓, 3½, 4, 4½, 5 und 6 Prozent in 48 Tabellen
von J. W. Becker.
4. br. 12 Sgr.

Tägliche Züge der Oberschlesischen Eisenbahn.

Personen-Züge.

Abfahrt von			Ankunft in		
Breslau	Mgs. 7 U. — M.	Nchm. 2 U. — M.	Myslowitz	Nchm. 1 U. 54 M.	Ab. 8 U. 45 M.
Myslowitz	Mgs. 8 U. 30 M.	Nchm. 2 U. 30 M.	Breslau	Nchm. 3 U. 30 M.	Ab. 9 U. 15 M.
Breslau		Nchm. 5 U. 30 M.	Oppeln		Ab. 8 U. 7 M.
Oppeln	Mgs. 6 U.		Breslau	Mgs. 8 U. 45 M.	

Güter-Züge.

Breslau	Mgs. 5 U. 40 M.	Mttg. 12 U. 15 M.	Myslowitz	Nchm. 4 U. — M.	Abs. 10 U. — M.
Myslowitz	Mgs. 6 U. — M.	Mttg. 1 U. —	Breslau	Nchm. 4 U. 51 M.	Abs. 11 U. 30 M.

Tägliche Züge der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn.

Personen-Züge.

Abfahrt von Berlin		Ankunft in Breslau	
Morg. 7 U. — M.	Abends 11 U. 30 M.	Abends 8 U. 6 M.	Vorm. 11 U. 45 M.
Abfahrt von Breslau		**Ankunft in Berlin**	
Morg. 7 U. 15 M.	Nachm. 5 U. 15 M.	Abends 7 U. 33 M.	Morg. 5 U.

Güter-Züge.

Abfahrt von Berlin Abds. 6 Uhr 30 Min. Ankunft in Breslau Ab. 7 U. 18 Min.
Abfahrt von Breslau Morg. 9 Uhr 45 Min. Ankunft in Berlin Nachm. 3 U. 22 Min.

Tägliche Züge der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

Von Breslau	Morgens 6 U.	— Nachm. 1 Uhr	— Abends 5 Uhr 30 Min.
" Schweidnitz	" 6 " 15 M.	— " 1 " 15 Min.	— " 7 " 40 "
" Freiburg	" 6 " 18 "	— " 1 " 18 "	— " 7 " 45 "

" Schweidnitz zum Anschluß nach Freiburg außerdem Abends 6 Uhr 40 Minuten.

Bekanntmachung.

Auf den städtischen Holzhöfen vor dem Ziegel- und Ohlauerthore sollen vom 4. d. M. ab die Klafter-Brennhölzer zu herabgesetzten Preisen wie folgt verkauft werden.

A. Kloben-Holz.	1. Sorte. Rtl.	Sg.	Pf.	2. Sorte. Rtl.	Sg.	Pf.	3. Sorte. Rt.	Sg.	Pf.
Die Klafter Weißbuchen	8	15	—	—	—	—	—	—	—
" " Rothbuchen	8	5	—	—	—	—	—	—	—
" " Birken	7	10	—	7	5	—	7	—	—
" " Eichen	6	20	—	—	—	—	—	—	—
" " Erlen	6	20	—	—	—	—	—	—	—
" " Kiefern	6	10	—	6	5	—	5	25	—
" " Fichten	5	25	—	—	—	—	—	—	—

Weiß- und Rothbuchen Wrackholz 7 Rtl. 10 Sg. und 7 Rtl.
Die Wrackhölzer der letztern fünf Sorten gegen Leibholz à Klafter 1 Rtl. billiger.
Außerdem pro Klafter 1 Sg. 4 Pf. Kommunal-Abgabe.

B. Gespaltenes Holz, incl. Fuhre, Brückenzoll u. Kommunal-Abgabe.	die ganze Klafter. Rtl.	Sg.	Pf.	die halbe Klafter. Rtl.	Sg.	Pf.	die viertel Klafter. Rtl.	Sg.	Pf.
Weißbuchen	9	21	9	4	28	9	2	15	7
Rothbuchen	9	11	9	4	23	9	2	13	1
Birken	8	6	9	4	6	3	2	4	4
Eichen	7	26	9	4	1	3	2	1	10
Erlen	7	26	9	4	1	3	2	1	10
Kiefern	7	6	9	3	21	3	1	26	10
Fichten	6	26	9	3	16	3	1	24	4

C. Gespaltenes Holz in kleinen Quantitäten.
Hartes Holz ¾ Cubik-Fuß nunmehr mit 1 Sgr. 6 Pf.
Weiches Holz ¾ " " mit 1 Sgr. 4 Pf.

Breslau, den 2. September 1848.
Die städtische Holz-Hofs-Verwaltungs-Deputation.

Grünberger Weintrauben.

Hiermit erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich von heut ab wiederum Bestellungen auf Weintrauben annehme, da ich mir bereits durch mehrjährige Versendungen die Zufriedenheit meiner Abnehmer erworben, so versichere ich, daß ich auch dieses Jahr alles aufbieten werde, meine geehrten Kunden vollkommen zufrieden zu stellen, der Preis pro Pfund Netto-Gewicht ist 2 Sgr. 3 Pf, Gefäß und Verpackung gratis. Obgleich so billig gestellt, verspreche ich doch die ausgezeichnetsten Trauben zu senden. Die Gelder bitte portofrei mir einzusenden. Grünberg in Schlesien, den 5. September 1848.

Gustav Piltz, Böttcher-Meister.

Düsseldorfer Mostrich (Senf)

feinster Qualität, kräftig, das Pfd. nur 3 Sgr., bei Entnahme von 12 Pfd. nur 1 Rthlr., in Gebinden ½ und ¼ Anker noch billiger lagert stets zu solch billigen Preisen zum Verkauf bei **Eduard Groß, am Neumarkt Nr. 42.**

Mehrere Haufen Spähne sollen Freitag den 8. d. M., Nachmittag 3 Uhr, auf dem Stadt-Bauhofe, Matthiasstraße Nr. 4, demnächst aber altes Bauholz an der Holzhäuselbrücke vor dem Ohlauer Thore versteigert werden.

Breslau, den 5. September 1848.

Fünf Reichsthaler Belohnung.

Am 24. August hatte ein von Breslau nach Berlin fahrender Reisender mit dem Frühzuge in einem Waggon 2ter Klasse, an der Seite des Sitzkissens ein Terzerol mit 8 Läufen gesteckt. Da derselbe aber von Kohlfurth ab nach Görlitz fuhr, mithin in einen andern Bahnzug seine Sachen bringen mußte, so blieb es in jenem nach Berlin gehenden Waggon stecken. Ein ehrlicher Finder desselben erhält obige Belohnung, wenn er es an den Eigenthümer des Hauses Nr. 31, Gartenstraße in Breslau abgiebt.

Zum Ausschieben,

wobei der erste Gewinn ein lebender Hammel, die anderen Fleischgewinne sind, ladet auf Donnerstag den 7. September ganz ergebenst ein: **Vogt** in Schafgotschgarten.

Erdbeerpflanzen sind zu verkaufen: Gartenstraße Nr. 13.

Verpachtung.

Der Bau des hiesigen Schießhauses kommt Ende dieses Monats zur Vollendung, wir beabsichtigen die sofortige Verpachtung desselben, und beraumen hierzu den Verpachtungstermin zum 15. September d., Nachmittags 2 Uhr, im Lokal selbst an.

Indem wir hiermit qualifizirte Bewerber zu dem beregten Termin freundlichst einladen, bemerken wir zugleich: daß die näheren Bedingungen der Pacht erst am Termine bekannt gemacht werden, jedoch der Anzug des Pächters zum 1. Oktober d. stattfinden soll.

Schweidnitz den 5. September 1848.
Die Schützenmeister.
A. Bando. W. Scholz. C. Demmler.

Avis!

Ein Spezerei-Geschäft, verbunden mit einem Speditions-Geschäft incl. eines massiven Hauses, 3 Meilen von Breslau, in einer Provinzialstadt, ist wegen Familienverhältnissen unter vortheilhaften Bedingungen zu übergeben. Nähere Auskunft hierüber ertheilt portofrei das Kommissions- und Agentur-Bureau von

Alexander u. Comp.,
Kupferschmiede-Straße Nr. 12.

Ein gutes massives Haus
mit zwei Baustellen, auf dem lebhaftesten Platz in der Stadt, ist bei wenig Anzahlung bald zu verkaufen. Näheres sagt der Commissionair **Schefftel**,
Friedrich-Wilhelms-Straße 13.

Ein **Kaffeehaus** und eine **Restauration** werden zu pachten gesucht durch
H. J. Kärger, Nikolaistraße 47.

Ein **Bairisch-Bier-Geschäft** und ein **Gasthof** wird zu pachten gesucht.
Das Nähere Karlsplatz Nr. 4.
P. L. Oppler.

Der Ausverkauf Ring 35, eine Treppe, findet nur noch bis 30. Sept. d. J. statt, nach diesem ist diese Handlung geschlossen. Es sind Gleiwitzer Eisenguß-, Berliner lackirte, feine Galanterie- und viele andere Waaren, Ladenschränke rc. in Vorrath, welche unterm Kostenpreise verkauft werden.

Eine Bäckerei wird von Michaelis ab zu pachten gesucht. Nähere Auskunft Bischofsstraße Nr. 3, zwei Stiegen.

Eine goldene Ankeruhr ist zu verkaufen: Werderstraße Nr. 2, erster Etage.

Neue schottische Voll-Heringe und
Neue Matjes-Heringe,
das Fäßchen von circa 50 Stück 27½ Sgr. excl. Gebd., sowie einzeln billigst empfiehlt
Herm. Stefke, Reusche Straße 63.

Frische Rebhühner,

das Paar gut gespickt 7 Sgr., die stärksten 8 Sgr. sind zu haben, Kupferschmiedestr. Nr. 43, zum goldenen Stück im Keller.

Neue Gasse Nr. 11, dicht am Tempelgarten, sind kleine Wohnungen zu vermiethen.

Es sind Kirchstraße Nr. 29 zwei Trümeaux mit goldnen Rahmen, 1 Ausziehtisch zu 18 Personen und 3 Hängelampen sofort zu verkaufen.

Am Rathhause Nr. 11 u. 12 ist eine Wohnung in der 3ten Etage zu vermiethen und Michaelis zu beziehen. Näheres daselbst im Gewölbe.

---

3 möblirte Zimmer zu 2½, 2 u. 1½ Rtl. sind zu vermiethen und bald zu beziehen. Näheres beim Kaufmann Hrn. Karnasch, Stockgasse Nr. 13.

Ein Ring
ist gefunden worden. Gegen Zahlung der Kosten kann sich der Eigenthümer melden: Friedrich-Wilhelmsstraße Nr. 71 bei Schlossermeister Schröder.

Eine möblirte Parterre-Stube ist Klosterstraße 86a den 1. Oktober zu vermiethen.

Neue Taschenstraße Nr. 4
sind noch Wohnungen zu vermiethen, mit oder ohne Stallung und Remise, und sofort oder Michaelis zu beziehen; Näheres daselbst eine Treppe hoch.

Vermiethungs-Anzeige.

In Nr. 8 Flurgasse (zum Stein) sind mehrere mittlere und kleine Wohnungen zu ermäßigten Miethszinsen sofort und von Mich. d. J. ab zu vermiethen. Das Nähere daselbst beim Gastwirth Stern und dem Kommissions-Rath **Hertel**, Seminargasse 15.

Klosterstraße Nr. 81
ist eine Wohnung von 2 auch 3 Stuben, Küche und Beigelaß zu Michaelis zu vermiethen; auch ist daselbst ein gebrauchter Ofen zu verkaufen.

Große herrschaftliche Wohnungen sind in dem Hause Neue Schweidnitzerstraße Nr. 3c zu Michaelis zu **billigen Preisen** zu vermiethen. Näheres ist beim Haushälter und Ring Nr. 20 beim Justiz-Commissarius Fischer zu erfragen.

Altbüßerstraße Nr. 10 ist die zweite Etage, bestehend aus 6 Zimmern, darunter 2 Sallons, nebst Küche und Küchenstube bald oder zu späteren Terminen zu vermiethen, das Nähere daselbst zu erfragen.

Hummerei Nr. 31 sind mehre kleine Wohnungen und Werkstätten zu vermiethen und sofort resp. Term. Michaelis d. J. zu beziehen.
Administrator **Kusche**,
Altbüßerstraße Nr. 47.

Ein Spezerei-Geschäft
in hiesiger Stadt gelegen, wird ohne Einmischung eines Dritten sofort zu kaufen gesucht. Offerten werden unter der Adresse M L. im Gasthofe zum blauen Hirsch franco erbeten.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

Gutsbes. Müller a. Blumenrode. Prinz Emil v. Steffony u. Sekretär Boulagner a. Paris. Gastwirth Kunert a. Warmbrunn. Dr. Freund a. Warschau. Kürschner Mitlengorf u. Referendar Gr. v. Sternberg a. Berlin. Schuhmachermeister Demmer a. Wien. Student Demmer a. Brünn. K. k. Oberlieut. Bar. v. Scholley a. Slavonien. Fr. v. Gersdorff a. Ingrammsdorf. Kaufm. Hagemann u. Sekretär Stübener a. Neu-Ruppin.

Breslauer Getreide-Preise
am 6. September.

Sorte:	beste		mittle		geringste	
Weizen, weißer	71	Sg.	68	Sg.	64	Sg.
Weizen, gelber	68	"	65	"	62	"
Roggen	38	"	35	"	31	"
Gerste	32	"	30	"	28	"
Hafer	19	"	18	"	17	"

Breslau, den 6. September.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 96½ Br. Kaiserliche Dukaten 96½ Br. Friedrichsd'or 113⅓ Br. Louisd'or 112⅚ Gld. Polnisches Courant 95 Gld. Oesterreichische Banknoten 94⅚ Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. 3½% 75 5/12 Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 96½ Gld., neue 3½% 79 5/12 Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. 3½% 90¾ Br., Litt. B 4% 93 Br., 3½% 81 11/12 Br. Alte polnische Pfandbriefe 4% 91 Br., neue 91 Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 87¾ Br. Oberschlesische Litt. A 3½% 90½ Br. Krakau-Oberschlesische 43 Gld. Niederschlesisch-Märkische 3½% 70½ Br. Köln-Mindener 3½% 76 Gld. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 42⅔ Br.

Berlin, den 5. September.

(Cours-Bericht.) Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener 3½% 76¼ bez., Prior. 4½% 92 à 91½ bez. Niederschlesische 3½% 70½ à 70 bez., Prior. 4% 82 Br., Prior. 5% 94 bez., Ser. III. 5% 89¾ bez. Oberschlesische Litt. A 3½% 90½ bez. u. Br., Litt. B 90½ bez. u. Br. Rheinische 55 Br., Prior. 4% 69 Br. Posen-Stargard 4% 68½ bez. — Quittungs-Bogen: Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4%, 42¼ 43 à 42⅞ bez. — Fonds- und Geld-Sorten: Staats-Schuld-Scheine 3½% 74⅞ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine à 50 Rtl. 87½ etw. bez. Posener Pfandbriefe 4% 96¾ Gld., neue 3½% 79 Gld. Schlesische Pfandriefe Litt. B 3½% 81¼ Gld. Friedrichsd'or 113⅜ Br. Louisd'or 112½ bez. Polnische Pfandbriefe 4% alte 91⅔ bez., neue 91 bez. u. Gld.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.